
Verkehrsüberwachung greift im Bremer Westen gegen die Missachtung der Park- und Halteverbote durch



17. Januar 2022

Die Verkehrsüberwacher und Verkehrsüberwacherinnen des Ordnungsamtes sind am Wochenende im Rahmen einer Schwerpunktmaßnahme gegen Fahrerinnen und Fahrer in Gröpelingen, Walle und Findorff vorgegangen, die ihre Fahrzeuge im Halte- oder Parkverbot abgestellt und damit andere Verkehrsbeteiligte erheblich behindert hatten. Insgesamt sprachen die Einsatzkräfte 187 Verwarnungen aus und schleppten 10 Fahrzeuge ab.

Innensenator Ulrich Mäurer: "Auch wenn wir nicht immer überall gleichzeitig sein können, werden wir an diesem Thema dran bleiben und solche Aktionen regelmäßig in den verschiedenen Quartieren wiederholen. Massive Behinderungen durch falsch abgestellte Fahrzeuge sind nicht nur ein Ärgernis, sondern können im schlimmsten Fall auch Rettungsfahrzeuge behindern."

Aufgrund von vielen Bürgerbeschwerden in den vergangenen Wochen waren zwei Teams der Verkehrsüberwachung mit Unterstützung des Ordnungsdienstes in den Nachmittag- und späten Abendstunden des vergangenen Freitags und Samstags in einem Schwerpunkteinsatz unterwegs, um Verkehrsbehinderungen zu ahnden. Ihr Fokus lag dabei auf dem widerrechtlichen Parken auf Rad- und Gehwegen, an Kreuzungen innerhalb der 5-Meter Verbotszone sowie dem Parken in zweiter Reihe.

Zudem führten die Einsatzkräfte eine Reihe an Gesprächen mit Betreibern von Cafés, Kiosken und Restaurants und wiesen auf das Parkverbot auf den Gehwegen hin, das auch während der Zeit der Anlieferung gilt.

Gemeinsame Aktion der Polizei, des Ordnungsdienstes und der Bremer Stadtreinigung (DBS) gegen Müll in Gröpelingen



Ordnungsdienst und Polizei suchen in illegal entsorgten Müllhaufen nach Hinweisen auf Verursacher

18. Januar 2022

Heute Nachmittag waren zwei gemischte Teams im Einsatz, um in zentralen Bereichen des Stadtteils Gröpelingen gegen die anhaltende Müllproblematik vorzugehen. Am Rundgang beteiligt waren Einsatzkräfte der Polizei, des Ordnungsdienstes und der DBS. Auch die Ortsamtsleiterin Ulrike Pala und der Koordinator der Sicherheitspartnerschaft für Gröpelingen, Christian Modder, machten sich erneut vor Ort ein Bild. Schwerpunkt der Begehung war die Gröpelinger Heerstraße, das Ohlenhof-Viertel, die Liegnitzstraße sowie Teile des Lindenhofs.

Modder: "Der Müll bleibt uns ein Dorn im Auge - es liegen immer noch zu viele illegale Ablagerungen, volle Plastiksäcke, Unrat und auch entsorgte Möbelstücke an Straßenecken und auf Gehwegen. Das verleidet den Menschen das Leben in ihrer Nachbarschaft. Wir werden weiterhin mit den Anwohnerinnen und Anwohnern sowie mit den betroffenen Ressorts an einem Strang ziehen und fortwährend Präsenz zeigen." Da bei der Durchsuchung der Ablagerungen Hinweise auf einige Verursacher gefunden wurden, werde der Rundgang im Nachgang für manch einen Müllsünder einen nachhaltigen Effekt haben, sie würden schon bald Anzeigen erhalten, so Modder.

An einigen Wohnhäusern konnten die Teams zusätzliche oder größere Mülltonnen anmelden, sodass dort die illegalen Ablagerungen zukünftig weniger werden. Weitere Haushalte und Gewerbe werden derzeit noch überprüft und die Eigentümer über die festgestellten Müllablagen informiert. Es gibt zudem weiterhin intensive Beratungen zu der Einhaltung der Abfuhrtage, über die richtige Müllentsorgung und Mülltrennung und zu der Bereitstellung Gelber Säcke in den Wohneinheiten.

BSAG-Haltestellen an das Modulare Warnsystem angeschlossen



Großes Medieninteresse bei der Testwarnung an einer der bisher 20 digitalen Flächen an den Haltestellen der BSAG

20. Januar 2022

Ab sofort kann Bremen auf ein neues Warnsystem im öffentlichen Raum zurückgreifen. An Fahrgastunterständen der Bremer Straßenbahn AG (BSAG) im Innenstadtbereich sind nun 20 digitale Werbeflächen der Firma Wall an das bundeseigene Modulare Warnsystem (MoWaS) angeschlossen. Der Live-Test des Systems wurde heute um 14.15 Uhr an der Domsheide ausgelöst.

Die Vorteile dieser gut sichtbaren Flächen im öffentlichen Raum liegen auf der Hand: die digitalen Werbetafeln an besonders stark frequentierten Orten erreichen schnell viele Menschen - Fahrgäste, Passantinnen und Passanten sowie Verkehrsteilnehmende. Dies verkürzt die Vorwarnzeit erheblich und kann helfen, Leben zu retten. Die im Notfall eingespielten Warnmeldungen bieten auch konkrete Handlungsempfehlungen zum eigenen Schutz.

Ulrich Mäurer, Senator für Inneres betont dazu: „Die digitalen Warnungen an den Haltestellen bieten eine sinnvolle Ergänzung zu unseren übrigen Warnmitteilungen – wie etwa die Durchsagen über das Radio oder die NINA-App. So erreichen wir schnell und unmittelbar auch diejenigen, die unterwegs sind oder Warnungen nicht empfangen, weil sie beispielsweise kein Smartphone besitzen. Im Ernstfall ist die Zeit ein ganz entscheidender Faktor. Daher tun wir alles, um jede Bürgerin und jeden Bürger so schnell wie möglich zu erreichen.“

Karl-Heinz Knorr, Katastrophenschutzbeauftragter für das Land Bremen: „Für die Warnung der Bevölkerung gilt: Die Mischung macht's! Mit den digitalen Werbetafeln wird den Radiodurchsagen und der NINA-App eine weitere Komponente hinzugefügt, Sirenen und Cell-Broadcast sollen folgen. Wir wollen die Menschen mit einem breiten Warnmittel-Mix auf möglichst vielen Wegen erreichen.“

Verantwortlich für die Auslösung von Warnmeldungen ist die Feuerwehr Bremen. Die Mitteilungen erreichen automatisiert und direkt über eine gemeinsame Schnittstelle die digitalen Werbeflächen der BSAG und werden dort bis zur Entwarnung eingespielt.

Senat einigt sich auf Aktionsplan für den Hauptbahnhof



Hauptbahnhof Bremen

Senator für Inneres, Ulrich Mäurer: "Die Weichen sind gestellt, jetzt braucht es geschlossenes, gemeinsames Vorgehen in allen Punkten."

25. Januar 2022

Der Bremer Senat hat in seiner heutigen Sitzung dem „Aktionsplan Hauptbahnhof“ zugestimmt. Er ist das Ergebnis einer engen Zusammenarbeit und Abstimmung von Senatskanzlei und fünf Senatsressorts unter Federführung von Innensenator Ulrich Mäurer. Der Aktionsplan ist die Weiterentwicklung des „Sicherheitsprogramms Hauptbahnhof“ von Herbst 2018. Die Fortführung des Sicherheitsprogramms war notwendig geworden, nachdem sich die Situation am Hauptbahnhof aufgrund der Coronapandemie und den damit einhergehenden Einschränkungen im Angebot für Menschen in prekären Lebenslagen wieder deutlich verschlechtert hatte. Einige Hilfetragere hatten ihre Angebote im Frühjahr 2020 aus Infektionsschutzgründen zeitweise eingestellt oder auf wenige Stunden bzw. nur auf wenige Betroffene zeitgleich reduziert.

Bürgermeister Andreas Bovenschulte und Innensenator Mäurer hatten sich aufgrund der massiven Beschwerdelage im Spätsommer vergangenen Jahres die negativen Eindrücke und alltäglichen, oft beklemmenden Vorfälle bei einem Treffen mit Anrainern, Hoteliers, Immobilienbesitzerinnen und -besitzern sowie Vertreterinnen und Vertretern des öffentlichen Nahverkehrs aus erster Hand schildern lassen. Innensenator Mäurer: „Danach war klar, dass der Senat seinen ressortübergreifenden Ansatz stärker ausbauen muss. Dazu müssen die Ressorts aber auch mehr Geld in die Hand bekommen, um spürbar und nachhaltig Wirkung zu erzielen.“ Die Ressorts Soziales, Gesundheit, Verkehr und Inneres müssten dabei intensiv und entschlossen zusammenarbeiten.



Innensenator Ulrich Mäurer bei einer Schwerpunktaktion am Hauptbahnhof

Mäurer: „Wir selbst haben die tägliche Präsenz von Ordnungskräften ausgebaut und führen gemeinsam mit Ordnungsdienst und Bundespolizei offene wie verdeckte Schwerpunktmaßnahmen durch.“ Dazu ist eine feste Teamleitung bei der Polizei installiert, die alle Aktionen koordiniert. Die bereits erfolgreich eingeführten gemeinsamen Streifen von Polizei und Ordnungsdienst werden fortgeführt. Insbesondere an den Haltestellen, wo seit einer Regelung durch den Innensenator das dauerhafte Verweilen mit Platzverweisen konsequent unterbunden wird. Zugleich betonte Mäurer: „Allein mit polizeilichen Maßnahmen werden wir die vielschichtigen Problemlagen am Hauptbahnhof ganz klar nicht lösen können.“ Dazu braucht es die Anstrengungen aller beteiligten Ressorts und ein gemeinsames Vorgehen.

Den beschlossenen Aktionsplan finden Sie [hier \(pdf, 525.1 KB\)](#).

Polizeikostenstreit: Bundesverwaltungsgericht entscheidet erneut und abschließend zu Gunsten Bremens



1. Februar 2022

Das Bundesverwaltungsgericht hat das juristische Tauziehen den DFL GmbH zu Gunsten der Freien Hansestadt Bremen beendet. Damit hat das höchste Verwaltungsgericht Deutschlands den Thesen der DFL GmbH nun abschließend eine klare Absage erteilt. Die DFL GmbH hatte über Jahre erfolglos versucht, den vom Senat der Freien Hansestadt Bremen beschrittenen Weg in Zweifel zu ziehen. Nun steht fest: Der besondere Polizeiaufwand aus Anlass kommerzieller Hochrisiko-Veranstaltungen darf als Gebühr den Veranstalterinnen und Veranstaltern in Rechnung gestellt werden.

Senator Mäurer: "Das Bundesverwaltungsgericht hat in seiner aktuellen Entscheidung erneut von der DFL GmbH als 'Nutznieserin der verstärkten Polizeipräsenz' gesprochen. Durch alle Instanzen hinweg war die DFL GmbH als Veranstalterin der Bundesligaspiele festgestellt worden. Es ist an der Zeit, dass die DFL GmbH sich nach so vielen Jahren und der vierten juristischen Niederlage (OVG, BVerwG, OVG, BVerwG) in Serie nun endlich ihrer Verantwortung stellt und einen Kurswechsel vornimmt. Die kommenden Monate werden zeigen, ob die neue DFL-Führung die alten Fehler wiederholt oder ob wir gemeinsam einen Weg finden, eine gerechte Finanzierung für die vom Profifußball erhaltenen Sondervorteile zu finden. Ich werde daher zeitnah das Gespräch mit der neuen Geschäftsführerin Donata Hopfen aufnehmen."

Bremens Innensenator möchte die aktuelle Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts auch seinen Kolleginnen und Kollegen von Bund und Ländern zur Bewertung zur Verfügung stellen. Mäurer: "Aus den Innenressorts der Länder war in den zurückliegenden Monaten zunehmend mehr Interesse an einer gerechten Kostenverteilung geäußert worden. Eine Ursache liegt mit Sicherheit an der klaren Positionierung der Rechnungshöfe von Bund und Ländern Ende letzten Jahres. Diese haben sich einstimmig dafür ausgesprochen, im Sinne der Steuerzahlerinnen und -zahler die Polizeikosten geltend zu machen. Ich bin zuversichtlich, dass die heute bekannt gewordene abschließende Entscheidung des höchsten Verwaltungsgerichts meinen Kolleginnen und Kollegen weitere Denkanstöße liefern wird."

Nun liege es am Bund und an den Ländern, ob sie auf Grundlage einer Mustergebührenordnung ebenfalls einzelne Gebührenbescheide erstellen, sich auf eine einheitliche Gebührenregelung verständigen, eine gemeinsame Fondslösung entwickeln werden oder sie auf diese Mittel für ihre Haushalte verzichten wollen.

Gedenken in Stille



Bürgermeister Bovenschulte und Innensenator Mäurer am Polizeikommissariat Mitte

4. Februar 2022

Um der am vergangenen Montag getöteten Polizei-Anwärterin und ihrem Kollegen zu gedenken, versammelten sich heute um 10 Uhr bundesweit Polizistinnen und Polizisten zu einer Schweigeminute. Auch in Bremen und Bremerhaven nahmen der Bürgermeister Andreas Bovenschulte, Innensenator Ulrich Mäurer sowie Einsatzkräfte der Polizei, Beschäftigte des Innenressorts, des Ordnungsamtes und der Feuerwehr an dem Zeichen der Solidarität teil. Gemeinsam gedachten sie der Kollegin und dem Kollegen und ihren Familien und Angehörigen.



Beschäftigte Senator für Inneres

Der 29 Jahre alte Oberkommissar und seine 24 Jahre alte Kollegin waren am frühen Montagmorgen bei einer Routinekontrolle an einer Landstraße nahe Kusel in der Pfalz erschossen worden.

Grundstein für neues BSAG-Drehkreuz und Polizeikommissariat in Gröpelingen gelegt



Grundsteinlegung BSAG-Betriebshof und das neue Polizeikommissariat West (v.l.): Innensenator Ulrich Mäurer, Bürgermeisterin und Mobilitätssenatorin Dr. Maika Schaefer, Polizeipräsident Dirk Fasse, Ulrike Pala (Ortsamt-West), Gunnar Polzin (Amt für Straßen und Verkehr), Hajo Müller (BSAG) und Lars Jensen (BSAG). Foto: BSAG

9. Februar 2022

Es ist derzeit eines der größten Bauvorhaben in Bremen: die komplette Neugestaltung des BSAG-Betriebshofes in Gröpelingen. Auf rund 34.000 Quadratmetern entsteht im Bremer Westen bis Sommer 2023 ein modernes und zukunftsweisendes Drehkreuz für den Nahverkehr. Die Baumaßnahme beinhaltet vier Bereiche. Dazu gehören eine moderne Umsteigeanlage, ein neuer Betriebshof sowie ein Gebäude für das Polizeikommissariat West. Hinzu kommt die Umgestaltung des benachbarten Straßenraums. Heute erfolgte die Grundsteinlegung für dieses Bauprojekt.

Die Arbeiten auf der Baustelle zwischen Gröpelinger Heerstraße und Stapelfeldtstraße sind bereits seit rund zwei Jahren in vollem Gang. Die ursprünglich im vergangenen Jahr geplante Grundsteinlegung wurde aufgrund der Covid-19-Pandemie verschoben. Die neue Umsteigeanlage soll laut Plan am Pfingstmontag, 6. Juni 2022, in Betrieb gehen. Im kommenden Jahr soll dann das viergeschossige Polizeigebäude fertiggestellt sein.

Mehr Sicherheit durch das Polizeikommissariat West

Innensenator Ulrich Mäurer: "Im neuen Polizeikommissariat in Gröpelingen werden 140 Polizeikräfte arbeiten. Das bedeutet ein schnelleres, verlässlicheres und zugleich überlegeneres Auftreten bei Einsätzen. Von dem neuen Standort am BSAG-Depot aus können die Einsatzkräfte zukünftig schnell und unkompliziert ausrücken und unter Umständen bei 110-Notrufen den Bremer Norden verstärken. Auch für die hochfrequentierte Endhaltestelle der Bremer Straßenbahn AG wird das Kommissariat West ein großer Sicherheitsgewinn sein."

Bremens Polizeipräsident Dirk Fasse sieht die Vorteile ähnlich und ergänzt: "Mit diesem Standort setzen wir unsere Polizeireform weiter um und stärken den Bremer Westen. Die Kooperation mit der BSAG ist für alle gewinnbringend."

Vier Tage Ausnahmezustand: Kräfte bewältigen über 850 Sturmeinsätze



Umweltsenatorin Dr. Maike Schaefer und Innensenator Ulrich Mäurer mit Einsatzkräften der Feuerwehr in der stürmischen Nacht zum Samstag (Foto: SKUMS)

21. Februar 2022

Drei Sturmtiefs fegten seit Donnerstagfrüh über Bremen hinweg. „Ylenia“, „Zeynep“ und „Antonia“ forderten die Kräfte von Feuerwehr und Technischem Hilfswerk in insgesamt über 850 Einsätzen. Die Polizei Bremen wiederum durchkämmte systematisch die vom Hochwasser bedrohten Kleingartengebiete nach gefährdeten Personen. Während die beiden ersten Sturmtiefs für Ausnahmezustände bei den Einheiten der Gefahrenabwehr sorgten, hielten sich die Auswirkungen von „Antonia“ zum Glück in Grenzen.



Innensenator Ulrich Mäurer bei Hochwasser an der Schlachte

Innensenator Ulrich Mäurer: „Ich habe das Einsatzgeschehen seit der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag intensiv beobachtet. Was vor allem die Feuerwehr und das Technische Hilfswerk (THW) hier Hand in Hand zusammen geleistet haben, ist absolut bemerkenswert. Das war ein unglaublicher Kraftakt“. Die Kolleginnen und Kollegen der Berufsfeuerwehr sowie die Ehrenamtlichen der Freiwilligen Feuerwehren und des THW, die Polizei und Hilfsorganisationen hätten unermüdlich einen Einsatz nach dem anderen abgearbeitet. „In diesen langen Tagen und Nächten zeigte sich erneut, wie hervorragend geschult unsere Feuerwehr und das Technische Hilfswerk für solche Lagen sind. Sie sind für die Sicherheit der Bevölkerung und unserer Städte unverzichtbar. Wenn sonst niemand draußen ist, sind es die Rettungskräfte und die Polizei, die kommen, wenn wir Hilfe brauchen. Dafür gebührt ihnen allen mein herzlicher Dank“, so Mäurer anerkennend. Auch nachdem der Wind sich gelegt habe, seien sie noch immer dabei, die lange Liste an Schäden abzuarbeiten.

Zum Schluss ein paar Statistiken der Feuerwehr Bremen:

- Von der Feuerwehr und dem Technischen Hilfswerk waren knapp 500 Kräfte im Einsatz.
- Alle 19 Freiwilligen Feuerwehren waren in die Sturmlage eingebunden.
- Es sind etwa 1.880 Einsatzstunden geleistet worden.
- In der Feuerwehr- und Rettungsleitstelle sind über 3.000 Notrufe über die 112 eingegangen.
- Die Gesprächszeit der Notrufdialoge betrug zirka 95 Stunden.

Unbürokratische Hilfe für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine



4. März 2022

Die Innenminister der EU haben sich auf ein Paket an Maßnahmen geeinigt, die die Aufnahme von geflüchteten Menschen aus der Ukraine in vielerlei Hinsicht erleichtern soll. Betroffen davon sind

- **ukrainische Staatsangehörige,**
- **nicht-ukrainische Staatangehörige und staatenlose Personen mit einem internationalen oder nationalen Schutzstatus in der Ukraine und ihre Angehörigen**
- **sowie nicht-ukrainische Staatsangehörige und staatenlose Personen mit Daueraufenthaltsrecht in der Ukraine, die nicht in ihr Heimatland zurückkehren können.**

Personen, die nicht in diese Kategorie fallen, müssen vor der Rückkehr in ihr Heimatland Zugang zur EU zum Zwecke der Durchreise gewährt werden.

Für die erst genannten drei Gruppen gilt, dass ihnen ein sofortiger vorübergehender Schutz in der EU für ein bis drei Jahre gewährt wird. Die Aufnahme erfolgt zunächst ohne aufwändiges Verfahren in das Asylsystem, bis alle Betroffenen den von den EU-Innenministern angekündigten Aufenthaltstitel nach Paragraf 24 AufenthG erhalten haben. Die Betroffenen erhalten einen **Krankenversicherungsschutz und medizinische Versorgung**, ein Anrecht auf eine **Unterkunft, Sozialleistungen** sowie das Recht auf **Bildung und Schulbesuch**. Zudem wird ihnen der **Zugang zum Arbeitsmarkt** gemäß der nationalen Arbeitsmarktpolitik gewährt. Unbegleitete Kinder und Jugendliche unterliegen wie üblich einem besonderen Schutz und werden in Obhut genommen.

Innensenator Mäurer begrüßte das in Rekordschnelle geeinte Maßnahmenpaket auf EU-Ebene, das die geordnete Aufnahme auch im Bundesland Bremen erleichtern wird: **“Die verzweifelten Menschen, die Deutschland in diesen Tagen erreichen, haben unzählige Fragen, wie es für sie heute, morgen und in den kommenden Monaten weitergehen soll. Die wichtigsten Eckpfeiler sind damit zunächst gesetzt, sodass die weiteren Prozesse nun mit dem Sozial- und Arbeitsressort zusammen angegangen werden können.“**

11. März 2022 - Erster nationaler Gedenktag für die Opfer terroristischer Gewalt



Trauerbeflaggung am Dienstgebäude

Nach einem Beschluss des Bundeskabinetts Mitte Februar wird am heutigen Tag erstmals in Deutschland ein Nationaler Gedenktag für die Opfer terroristischer Gewalt begangen. Der 11. März knüpft an den Europäischen Gedenktag für die Opfer des Terrorismus an, der nach den Bombenanschlägen in Madrid vom 11. März 2004 eingeführt wurde.

Innensenator Ulrich Mäurer dazu: "Dieser Tag ist ein Tag der Erinnerung und der Mahnung: Leider stehen oft genug die Täter mehr im Fokus der Öffentlichkeit, als das große Leid der Toten und vielen Verletzten. Die Anschläge am Breitscheidplatz, in Halle, Hanau oder Kassel haben sich ins kollektive Gedächtnis eingebrannt. Aber wohl die wenigsten unter uns erinnern noch den Selbstmordanschlag auf ein Festival in Ansbach im Sommer 2016, das Messerattentat in einem Regionalzug bei Würzburg oder den Anschlag auf die Autobahn 100 in Berlin, um nur einige hier zu nennen. Für die Überlebenden und für die Angehörigen der Getöteten änderte sich dagegen von einem Moment auf den anderen buchstäblich alles. Gemeinsame Träume, Gewissheiten und vor allem ein Grundvertrauen ins Leben wurden jäh zerstört. Deswegen müssen wir wachsam bleiben und im Kampf gegen gefährliche Extremisten, gleich welcher Ausrichtung, nicht nachlassen."

Am heutigen Gedenktag ist am Innenressort Trauerbeflaggung zu sehen.

Innenbehörde verbietet Unterstützerverein der "Hizb Allah" (Hisbollah)

17. März 2022

Der Senator für Inneres hat heute das Verbot des islamistischen Vereins "AL-Mustafa Gemeinschaft e.V." (AMG) in Woltmershausen bekanntgegeben und das Vereinsvermögen beschlagnahmt. Die AMG steht der Terrororganisation Hizb Allah nahe, auch bekannt unter der Bezeichnung "Hisbollah".

Der "Al-Mustafa Gemeinschaft e.V." richtet sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung, indem er zum Hass gegen Angehörige anderer Religionen aufruft. Er lehnt zentrale Elemente der bestehenden völkerrechtlichen Ordnung ab und ruft zu deren Bekämpfung auf. Weiterhin propagiert und fördert er aktiv Gewalt oder vergleichbar schwerwiegende völkerrechtswidrige Handlungen wie den Terrorismus gegen den Staat Israel. "Das Verbot dieses Vereins ist daher zwingend notwendig", so Innensenator Ulrich Mäurer.

Im Rahmen von Ermittlungen konnte festgestellt werden, dass sich in dem "AL-Mustafa Gemeinschaft e.V." der "Hizb Allah" nahestehende Prediger sowie ein Beauftragter der Terrororganisation aufhielten und diese auch an der Durchführung von religiösen Veranstaltungen beteiligt waren.

Es konnte zudem nachgewiesen werden, dass sich in den Vereinsräumlichkeiten israelfeindliche Bücher und Schriften befanden, darunter beispielsweise ein Flyer des politischen und religiösen Oberhauptes des Irans. Der Flyer beinhaltet Botschaften, die ausschließlich darauf abzielen, die Legitimität des Staates Israel zu negieren und unter Anwendung von Gewalt, Widerstand gegen Israel zu leisten.

Durch die Verehrung und Huldigung eines aus Deutschland stammenden Kämpfers der "Hizb Allah" im Rahmen einer Trauerfeier innerhalb der AMG und explizite Bezeichnung seiner Person als Märtyrer in den sozialen Medien wird deutlich, dass der "AL-Mustafa Gemeinschaft e.V." die kämpferischen Handlungen der Terrororganisation unterstützt. Zusätzlich existieren Belege, dass der "AL-Mustafa Gemeinschaft e.V." versucht hat, Kinder frühzeitig an seine Ideologie und damit auch an die der "Hizb Allah" heranzuführen. Die so genannte Pfadfindergruppe des Vereins wurde ebenfalls verboten.

Mit dem heute verkündeten Vereinsverbot ist es auch untersagt, Kennzeichen des Vereins öffentlich, in einer Versammlung oder in Schriften, Ton- und Bildträgern, Abbildungen oder Darstellungen, die verbreitet werden, zu verwenden. Aus dem Verbot folgt ebenfalls, dass der "AL-Mustafa Gemeinschaft e.V." seine Aktivitäten in anderen Organisationen nicht fortsetzen darf. Auch die von dem "AL-Mustafa Gemeinschaft e.V." betriebenen Räumlichkeiten in der Barkhausenstraße sind heute geschlossen worden.

Innensenator Mäurer stellt klar: "Wir wissen und betonen stets, dass die absolute Mehrheit der in Bremen lebenden Musliminnen und Muslime mit beiden Beinen fest auf dem Boden des Grundgesetzes steht. Die Extremisten sind eine klare Minderheit. Sobald Antisemitismus propagiert und die Gewalt von Terrororganisationen glorifiziert und unterstützt wird, gilt eine Null-Toleranz-Politik".

Dem Verbot vorausgegangen waren umfangreiche Ermittlungen, die sich in Teilen auf die Auswertung der Beweismittel stützte, die bei der Durchsuchung des "Al-Mustafa Gemeinschaft e.V." am 30. April 2020 sichergestellt werden konnten. Diese Durchsuchung war eine Maßnahme im Rahmen des am gleichen Tag bundesweit ausgesprochenen Betätigungsverbots der "Hizb Allah" in Deutschland durch das Bundesministerium des Innern. Mäurer: "Die Auswertung der im Rahmen der Durchsuchung festgestellten Beweismittel hat das bestätigt, was wir seit Jahren sagen: Bei dem "AL-Mustafa Gemeinschaft e.V." handelt es sich um einen extremistischen Unterstützerverein der "Hizb Allah" in Bremen."

Der "AL-Mustafa Gemeinschaft e.V." steht seit vielen Jahren unter Beobachtung durch das Landesamt für Verfassungsschutz. So wurden in dem Verein nachweislich Spenden für den so genannten "Waisenkindprojekt Libanon e.V." gesammelt. Der Verein leitete Spenden an eine Stiftung der "Hizb Allah" im Libanon weiter, die Gelder an Familien von Terrorkämpfern auskehrte und damit die Gewalttaten unterstützte. Dieser Verein wurde bereits 2014 durch das Bundesministerium des Innern verboten. Weitere Nachfolgevereine wurden 2015 sowie 2021 ebenfalls verboten.

Hetze im Netz: Hausdurchsuchungen auch in Bremen

Innensenator Ulrich Mäurer:

"Solche Tiraden können im Netz eine Welle des Hasses auslösen. Das ist für denjenigen, der im Fokus dieser widerlichen Kommentare steht, äußerst belastend. Zugleich erleben wir aber immer wieder, dass sich Einzelpersonen, die sich von solchen Hassbeiträgen unterstützt fühlen, plötzlich radikalisieren und zur Tat schreiten. Deswegen ist die Anzeige von Hasspostings genauso so wichtig wie die Gegenrede im Netz.

Beldes signalisiert: Bis hier und nicht weiter."

22. März 2022

Beim heutigen bundesweiten Aktionstag gegen die Verbreitung von Hasspostings wird auch gegen zwei mutmaßliche Täter aus Bremen ermittelt. Die 44 und 57 Jahre alte Männer stehen im Verdacht, in Sozialen Medien Hasspostings gezielt gegen Politiker - "Dreckschwein", "Schmarotzer am Volkskörper" oder "Missgeburt, die sich an Kindern vergehen will" - verfasst zu haben. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft hat das Amtsgericht in beiden Fällen einen Durchsuchungsbeschluss erlassen. Die entsprechenden Maßnahmen wurden heute durch die Polizei Bremen durchgeführt.

Auch im Internet könne sich niemand über das Gesetz stellen, so Mäurer. Hasspostings würden deshalb innerhalb der Polizei Bremen konsequenterweise durch die Kriminalpolizei, in der Abteilung Staatsschutz bearbeitet.

Seit 6 Uhr fanden Durchsuchungen bei und Vernehmungen von über 100 Beschuldigten in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen und Thüringen statt.

DFL zieht im Polizeikostenstreit vor das Bundesverfassungsgericht

31. März 2022

Die Deutsche Fußball Liga GmbH (DFL) zieht im sogenannten Polizeikostenstreit nun auch noch vor das Bundesverfassungsgericht. Eine entsprechende Verfassungsbeschwerde liegt nach Auskunft des Bundesverfassungsgerichts dort vor. Die DFL argumentiert, dass die gesetzliche Regelung im Bremischen Gebühren- und Beitragsgesetz aus 2014 nicht verfassungskonform sei. Sowohl das Oberverwaltungsgericht der Freien Hansestadt Bremen als auch das Bundesverwaltungsgericht hatten die Verfassungskonformität bereits ausdrücklich bejaht bzw. eine Verletzung von Grundrechten der DFL ausgeschlossen.

Innensenator Ulrich Mäurer: „Die DFL zieht die Rechtsfrage mit diesem Schritt unnötig in die Länge und versucht offenbar Zeit zu schinden für die laufende bundesweite Debatte. Auch diesem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht sehen wir entspannt entgegen, denn das Bundesverwaltungsgericht hat uns bereits schon zweimal bestätigt, verfassungskonform zu handeln.“

Die Konferenz der Präsidentinnen und der Präsidenten der Rechnungshöfe des Bundes und der Länder hatte unlängst empfohlen, die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes als Anlass zum Handeln zu nehmen. Im Interesse der Allgemeinheit und der Steuerzahlenden gelte es, die Möglichkeit zu nutzen, gewinnorientierte Veranstalter an den Kosten erhöhten Polizeiaufwands bei risikobehafteten Großveranstaltungen zu beteiligen.

Mäurer: „Es wird daher Zeit, dass die DFL nun endlich einen Kurswechsel vornimmt, zur konstruktiven Zusammenarbeit zurückkehrt und sich offen für eine Fondlösung zeigt, von der sowohl der Bund als auch alle Bundesländer profitieren können.“

Ordnungsdienst Bremen erweitert seine Dienstzeiten



13. April 2022

Innensenator Ulrich Mäurer: „Der Ordnungsdienst ist ein Erfolgsmodell, das von den Bremerinnen und Bremern in der Regel überall gern gesehen wird. Ab dem 1. Mai sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ordnungsdienstes dann künftig immer sieben Tage die Woche für uns auf der Straße.“ Bisher waren die Außendienstkräfte des Ordnungsamtes, die sich um Ordnungsstörungen aller Art im ganzen Stadtgebiet kümmern, regelmäßig von Montag bis Samstag in zwei Schichten im Einsatz. Bei Sonderlagen wurden diese Einsatzzeiten auch in der Vergangenheit schon an den Wochenenden bedarfsweise verlängert. So begleitete der Ordnungsdienst auch die verkaufsoffenen Sonntage in der Innenstadt durch Doppelstreifen.

Seit Gründung des Ordnungsdienstes im Juni 2018 sind sowohl die Aufgabenfelder als auch die Einsatzzeiten des Ordnungsdienstes stetig erweitert worden. So ist der Ordnungsdienst u.a. für die Einhaltung der Coronamaßnahmen, den Jugendschutz, die Müllentsorgung im öffentlichen Raum, die Sicherheit und Ordnung bei Großveranstaltungen, der Kontrolle der sicheren Aufbewahrung von Waffen und der Kontrolle der Leinenpflicht zuständig. Zugleich wurde der Außendienst auch personell immer weiter aufgestockt. Aktuell sind 41 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Außendienst im Einsatz. Ab Ende April sind die Bewerbungsgespräche für die Besetzung von 20 weiteren Stellen terminiert. Das Ergebnis der Haushaltsberatungen versetzt uns zudem in die Lage, zwei Dependancen im Bremer Norden und im Osten zu planen.

Bekämpfung verbotener Autorennen und Überwachung der Raser-, Poser- und Daterszene



Rot für Raser, Poser, illegales Tuning

13. April 2022

Teilnehmende an verbotenen Kraftfahrzeugrennen gefährden durch ihr grob verkehrswidriges, rücksichtsloses und verantwortungsloses Verhalten im Straßenverkehr das Leben unbeteiligter Dritter.

Innensenator Ulrich Senator Mäurer: „In der Raser-, Poser- und Daterszene hat die Saison mit den ersten warmen, sonnigen Tagen begonnen. Wir werden die Verstöße gegen die Straßenverkehrsordnung durch das Verursachen unnötigen Lärms (Bußgeld: 80 Euro) oder unnützen Hin- und Herfahrens innerhalb geschlossener Ortschaften (Bußgeld: 100 Euro) konsequent mit der Einleitung von Ordnungswidrigkeitenverfahren begegnen. Die rechtlichen Sanktionsmöglichkeiten werden dabei in vollem Umfang ausgeschöpft.“

Darüber hinaus begegnet die Polizei Bremen besonders beharrlichen Verhaltensstörern im Bereich der Straßenverkehrsordnung mit einem dreistufigen Konzept:

- **konsequente Ahndung von Ordnungswidrigkeiten in Bezug auf die Raser-, Poser- und Daterszene**
- **Verdopplung des Bußgeldes bei erneutem Auffallen**
- **Sicherstellung des Kraftfahrzeuges bei weiterem Auffallen innerhalb von 48 Stunden**

Vereidigung in der "Glocke" - 221 neue Kräfte für die Polizei



Innensenator Ulrich Mäurer zwischen dem Direktor der Ortspolizeibehörde Bremerhaven, Harry Götze, und dem Polizeipräsidenten der Polizei Bremen, Dirk Fasse, und umringt von den neuen Kräften für die Polizei (Foto: Ortspolizeibehörde Bremerhaven)

Das ist der bislang größte Ausbildungsjahrgang in der Geschichte der Bremer und Bremerhavener Polizei.

18. Mai 2022

Insgesamt 221 zukünftige Kolleginnen und Kollegen der Polizei haben sich heute für das traditionelle Foto vor ihrer Vereidigung vor dem Dom aufgestellt. Zwei Jahre lang musste pandemiebedingt sowohl auf das Gruppenfoto wie auch auf die sich anschließende große Feier in der „Glocke“ verzichtet werden. In Anwesenheit ihrer Familien und Freundinnen und Freunden legten 80 Frauen und 141 Männer am heutigen Vormittag ihren Diensteid ab.

Der aktuelle Jahrgang wurde in zwei Einstellungsterminen aufgeteilt. 125 Studierende starteten bereits am 1. Oktober vergangenen Jahres an der Hochschule für Öffentliche Verwaltung, während 26 im Rahmen einer Kooperation mit der Polizeiakademie Niedersachsen ihr Studium in Oldenburg aufnahmen. Der zweite Einstellungstermin dieses Jahrgangs war am 1. April 2022.

Der Grund für die zwei Einstellungstermine und die Ausbildung in Niedersachsen: Die Hochschule für Öffentliche Verwaltung (HföV) in Bremen platzt inzwischen aus allen Nähten. Ulrich Mäurer bedankte sich bei der Rektorin der HföV, Professorin Luise Greuel, und ihrem Team wie auch den Ausbilderinnen und Ausbildern der Polizei Bremen für ihre große Flexibilität und das Engagement, alle denkbaren Möglichkeiten auszuloten, um die Ausbildungsquote zu erhöhen.

Mäurer: „Was der Hochschulleitung sicherlich so manches Mal in den vergangenen Wochen und Monaten heftiges Kopfzerbrechen bereitet hat, freut mich ungemein, denn: Wir brauchen den Nachwuchs dringend. Ob bei der Terrorismusbekämpfung oder den aufwendigen Ermittlungen gegen die organisierte Kriminalität, oder der alltäglichen Sicherheit auf der Straße – wenn wir der Lage nicht immer hinterherrennen wollen, brauchen wir künftig sehr viel mehr Personal. Daher ist die jetzige Jahrgangsgröße für mich die Richtschnur, so soll und muss es weitergehen in den nächsten Jahren. In der nächsten Legislaturperiode wollen wir 2.900 Polizistinnen und Polizisten in der Stadt Bremen und 520 in Bremerhaven haben.“ Das sei noch ein Stück Weg, denn es gingen derzeit viele erfahrene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Pension, so Mäurer und erklärt: „In Bremen sind wir derzeit bei rund 2700 Mitarbeitenden.“

Von den 1.467 Bewerberinnen und Bewerbern bestanden zunächst 326 die schriftlichen und mündlichen Prüfungen sowie den Sporttest. Aus dieser Gruppe wiederum wurden schließlich die heute vereidigten Anwärterinnen und Anwärter ausgewählt. 25 von ihnen haben nach eigenen

Angaben einen Migrationshintergrund. Sie selbst oder ihre Eltern kommen aus der Türkei, Polen, Russland, Italien, Swasiland, Gambia, Syrien, Rumänien, den USA und dem Senegal. Die Jüngste ist 18 Jahre jung, der Älteste ist mehr als doppelt so alt, nämlich 41. Der Frauenanteil beträgt 36,2 Prozent.



Die Polizei stellt verschiedene Berufsbilder vor (Foto: Ortpolizeibehörde Bremerhaven)

Im Rahmen der Vereidigungsfeier traten auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei Bremen auf, die in Ihrer Ausstattung und Dienstkleidung einen kleinen Ausschnitt der Arbeitsschwerpunkte der Polizei repräsentierten. Auf dem Foto ist im Hintergrund der Dirigent Thomas Boger zu sehen mit seinem niedersächsischen Polizeiorchester, das heute wieder für die wunderbar lebendige musikalische Begleitung sorgte.

Wir heißen unsere neuen Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter herzlich willkommen und wünschen ihnen einen guten Start!

Befragung zum Thema Sicherheit

- ⊗ Wie zufrieden sind Sie mit Ihrer Wohngegend?
- ⊗ Wie ist Ihre Meinung über die Arbeit der Polizei Bremen?
- ⊗ Gibt es in Bremen Orte, an denen Sie sich unsicher fühlen?
- ⊗ Was kann die Polizei Bremen besser machen?



Beispielfragen zum Sicherheitsgefühl der Bremerinnen und Bremer

24. Mai 2022

Die Polizei möchte wissen, wie sicher sich die Menschen in ihrer Stadt fühlen. Daher befragt das Landeskriminalamt Bremen in den kommenden Wochen knapp 30.000 Menschen in Bremerhaven und in Bremen zum Thema Sicherheit.

Innensenator Ulrich Mäurer: "Im Rahmen der Befragung möchten wir unter anderem herausfinden: Wie sicher fühlen sich die Bürgerinnen und Bürger in ihrer eigenen Wohngegend? Gibt es Orte in der Stadt, die sie als gefährlich empfinden und deswegen vielleicht meiden? Wie wird die Arbeit der Polizei insgesamt wahrgenommen? Ich hoffe sehr, dass sich möglichst viele an dieser Befragung beteiligen." Nur so könnten die Polizeien im Land Bremen besser auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger reagieren. **Mäurer: "Ein subjektiv positives Sicherheitsgefühl ist von hohem Wert für die eigene Lebensqualität. Hier können und wollen wir, wenn nötig, nachschärfen."**

Mit Hilfe der Ergebnisse erhofft sich die Polizei wichtige Erkenntnisse über das Anzeigeverhalten und über das Sicherheitsgefühl der Menschen sowie die Wahrnehmung und Bewertung der Polizeiarbeit. Die Erkenntnisse sollen insbesondere zu einer Verbesserung des Sicherheitsgefühls und zur Optimierung der Polizeiarbeit beitragen und somit einen praktischen Nutzen für die Menschen im Land Bremen bieten.

Die Personen wurden per Zufallsprinzip aus dem Einwohnermelderegister ausgewählt und erhalten in den kommenden Tagen per Post ein Ankündigungsschreiben. Darin werden sie über wesentliche Inhalte der Befragung informiert. Einige Tage später erhalten sie dann ebenfalls per Post den Fragebogen. Die Befragung findet ab Ende Mai bis circa Mitte Juni 2022 statt.

Weitere Infos zu der Befragung finden Sie online [hier](#).

Verabschiedung Harry Götze: "Ein Polizeiführer mit Herzblut, wie man ihn sich wünscht"



Harry Götze, Direktor der Ortspolizeibehörde

Harry Götze stand fast 45 Jahre im Dienst der Polizei. „Als ich im Mai 2008 als Senator für Inneres und Sport in den Senat gewählt wurde“, so Mäurer, "da war Harry Götze schon 10 Monate in seiner Funktion als Direktor der Bremerhavener Polizei. Uns verbinden 14 Jahre gemeinsame Verantwortung für die Ausrichtung der Polizei im Lande Bremen. Dabei war er jemand, mit dem ich sehr gern und vertrauensvoll zusammengearbeitet habe.“

Als Ur-Bremerhavener hat Götze seine ersten beruflichen Erfahrungen im Hafen gesammelt, als Kranführer und als Werftarbeiter. Dass er mal Direktor der Ortspolizeibehörde (OPB) wird, das habe er nicht geplant, erzählt er selbst. Aber Schutzmann habe er werden wollen. Mäurer: „Sein beruflicher Weg war ungewöhnlich und ein ebenso ungewöhnlicher Polizist wurde er. Immer trug er ein offenes und freundliches Lächeln, egal, welcher Herausforderung er sich gerade stellte, wie Organisierte Kriminalität, die Bekämpfung von Drogen, Clans und Kinderpornografie.“

Schnell lernt man ihn auch als humorvollen Mann kennen, der ungewöhnliche, kreative Reden hält. 2020, mitten in der Pandemie, zeigt sich Götze von seiner sehr musikalischen Seite. Er begleitete das Polizei-Lied zum 75-jährigen Geburtstag der OPB an seiner Ukulele. Dieses Musik-Video, in dem Protagonisten aus Polizei und Bevölkerung Seite an Seite zu sehen sind, ist bestes Beispiel dafür, dass es Götze geglückt ist, die Polizei in der Stadtgesellschaft zu verankern.

Mäurer: „Harry Götze verkörpert mit seiner strukturierten, zielorientierten und aufgeschlossenen Art einen Polizeiführer mit Herzblut, wie man ihn sich wünscht. Dafür möchte ich mich heute aufrichtig bedanken.“

IMK in Würzburg - Innensenator Ulrich Mäurer fordert Fortschreibung des „Programms Innere Sicherheit“

Mäurer: „Abgestimmte Ausrichtung aller Sicherheitsbehörden auf aktuelle Herausforderungen ist notwendig“

31.05.2022

Das "Programm Innere Sicherheit" der Innenministerkonferenz (IMK) aus dem Jahr 1974 wurde in den vergangenen Jahrzehnten in großen Abständen stetig fortgeschrieben. Zuletzt legte 2009 Bremens Innensenator Ulrich Mäurer als Vorsitzender der damaligen Innenministerkonferenz in Bremerhaven eine aktualisierte Fassung vor. "Eine dritte Fortschreibung ist nun dringend angezeigt, um den aktuellen Herausforderungen in der Kriminalitätsbekämpfung sowie vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine und der Neuaufstellung im Zivil- und Katastrophenschutz gerecht zu werden", betont Mäurer vor der Innenministerkonferenz vom 1. Juni bis zum 3. Juni 2022 in Würzburg.

Zuletzt hatten die norddeutschen Ressortchefs auf ihrem Treffen in Osnabrück in der vergangenen Woche Investitionen in den Zivil- und Katastrophenschutz in Höhe von zehn Milliarden für die kommenden Jahre gefordert. "Viele Menschen sind beunruhigt und verunsichert. Drohende oder bereits geschehene Cyberangriffe auf Firmen und Behörden, der russische Angriff auf die Ukraine und Naturkatastrophen wie im Ahrtal untergraben das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung", so Mäurer. Vor dem Hintergrund, dass Zivil- und Katastrophenschutz in den vergangenen Jahrzehnten bundesweit häufig hinter anderen Belangen zurückstanden, müsste Versäumtes nachgeholt und in mehr Sicherheit investiert werden. So müssten zum Beispiel bei einem großflächigen, länger anhaltenden Stromausfall mehr Einrichtungen der sogenannten kritischen Infrastruktur mit Netzersatzanlagen ausgestattet werden.

"Dies ist zwar in weiten Teilen schon bei der Bremer Berufswehr sichergestellt, nicht aber bei allen Standorten der Freiwilligen Feuerwehren und auch nicht bei allen Großstandorten der Polizei", betont Mäurer. Auch müssten bestimmte Tankstellen, über die Stadt verteilt, mit Notstromaggregaten ausgerüstet werden, um Einsatzfahrzeuge im Ernstfall auch bei längerem Stromausfall betanken zu können. Bislang sei ein großflächiger, langanhaltender Stromausfall und seine Konsequenzen primär unter dem Aspekt technischer oder naturbedingter Störungen "durchdacht" worden. "Vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine müssen wir aber nun auch stärker als zuvor vorsätzliche Netzstörungen mit in unsere Planungen hineinnehmen", warnt Mäurer. Nachholbedarf bestehe unter anderem bei der Rettungslogistik hinsichtlich Gerätewagen oder – wie im Falle eines extremen Hochwassers - einer automatisierten Sandsackbefüllungsanlage.

Die häufig zitierte "Zeitenwende" dürfe sich vor den aktuellen Herausforderungen nicht nur auf die Ausstattung der Bundeswehr beschränken, sondern müsse weiter gefasst werden. Dies betreffe nicht zuletzt die Stärkung des Verfassungsschutzes und der Cybersicherheit. Gezielte Desinformationen, Cyberattacken und Versuche unterschiedlicher Akteure, das Vertrauen in staatliche Stellen zu untergraben, stellen eine ernst zu nehmende Bedrohung dar.

Einbürgerung: Bürgermeister Andreas Bovenschulte und Innensenator Ulrich Mäurer gratulieren 696 Bremerinnen und Bremern



Bürgermeister Andreas Bovenschulte begrüßt die Gäste. Foto: Senatspressestelle

Traditioneller Festakt nach zweieinhalbjähriger coronabedingten Pause wieder im Rathaus

13. Juni 2022

Die letzte Einbürgerungsfeier fand noch vor Corona statt, im Januar 2020. Erst jetzt war wieder der traditionelle Festakt mit viel Musik, Gesang und Austausch mit Hunderten von neu eingebürgerten Bremerinnen und Bremern sowie ihren Angehörigen in der Oberen Rathauhalle möglich. Es war die 27. Feier in diesem Format. In den vergangenen zwei Jahren hatten sich Bürgermeister Andreas Bovenschulte und Innensenator Ulrich Mäurer mit einem persönlichen Schreiben an alle neu eingebürgerten Bremerinnen und Bremer gewandt, um ihnen auf schriftlichem Wege zu gratulieren.

Umso größer war die Freude, wieder gemeinsam im Rathaus diesen wichtigen Schritt der Einbürgerung feiern zu können. 696 Menschen, die zwischen November 2021 und April 2022 ihre deutsche Staatsangehörigkeit erhalten hatten, waren am gestrigen Dienstag, 13. Juni 2022, eingeladen.

Bürgermeister Bovenschulte: "Die Einbürgerung ist nicht nur für Sie ein ganz wichtiger Moment, auf den Sie sich schon seit langem gefreut haben. Die Einbürgerung ist auch für unsere Stadt etwas ganz Besonderes. Bremen ist eine weltoffene Stadt, Bremen freut sich auf Sie. Deshalb bin ich sehr froh, dass sich so viele Menschen für Bremen und für Deutschland entschieden haben."

Innensenator Mäurer: "Ohne Einwanderung wäre Bremen, wie wir es heute kennen, gar nicht denkbar. Die Menschen, die zu uns gekommen sind, haben unsere Gesellschaft verändert, unsere Wirtschaft, unsere Wissenschaft und Forschung, unsere Kultur, unsere Musik und Literatur, unsere Lebens- und Essgewohnheiten: Sie haben uns bereichert."



Innensenator Ulrich Mäurer überreicht einem neu eingebürgerten Bremer seine Urkunde. Foto: Senatspressestelle

Bremen befürwortet Pläne der Bundesregierung, den Zugang zur Einbürgerung zu erleichtern. Bereits im vergangenen Jahr wurde eine Gesetzesinitiative im Bundesrat unterstützt, um unter anderem die Aufenthaltsdauer von acht auf sechs Jahre zu verkürzen. Bremen hat zudem selbst einen Antrag eingebracht, der darauf abzielt, hier geborenen Kindern ausländischer Eltern den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit zu erleichtern, um ihnen so bessere Perspektiven zu ermöglichen. Voraussetzung soll sein, dass ein Elternteil seit fünf statt seit acht Jahren einen rechtmäßigen Aufenthalt in Deutschland hat. Bislang ist die Bremer Initiative, der sich Niedersachsen angeschlossen hat, im Bundesrat gescheitert. Allerdings hat die Bundesregierung diesen wie weitere Vorschläge für eine Liberalisierung des Staatsangehörigkeitsrechts im Koalitionsvertrag aufgegriffen.

Das Migrationsamt Bremen zählt für das Jahr 2021 insgesamt 1.603 Einbürgerungen (2020: 1.378). Darunter war auch ein zwei Monate altes Baby, der Älteste war zum Zeitpunkt der Einbürgerung 83 Jahre. Die im vergangenen Jahr eingebürgerten Bremerinnen und Bremer kommen aus 99 Ländern. Die größten Gruppen sind dabei Personen aus Syrien (354 Einbürgerungen), mit einigem Abstand gefolgt von der Türkei (215 Einbürgerungen), Iran (104), Irak (59), Afghanistan (55), Polen (42) und Nigeria (42). Allein in diesem Jahr wurden bereits 673 Menschen eingebürgert.

Der Wunsch, sich einbürgern zu lassen, machte auch vor der Pandemie nicht halt, ganz im Gegenteil: Die Antragszahlen haben sich im Vergleich zu 2019 (vor Corona) von rund 2.000 Anträgen auf 4.056 Anträge in 2021 verdoppelt. Diese ausgesprochen positive Entwicklung hält an: Bis Ende Mai 2022 gab es bereits 2.068 Anträge (im Vergleich: Ende Mai 2019 waren es 888).

Aufgrund der deutlich erhöhten Antragszahlen, der begrenzten personellen Kapazitäten und der Einschränkungen, die sich aus der Pandemie ergeben haben, kann über einen Einbürgerungsantrag im gesamten Bundesgebiet gegenwärtig nicht so schnell entschieden werden wie üblich. So dauert es in Bremen aktuell ab Antragsstellung bis zur abschließenden Bearbeitung des Einbürgerungsantrages rund 15 Monate.

Auch in den kommenden Jahren ist mit einer weiteren Zunahme der Anträge zu rechnen. Ein Grund hierfür ist der lang anhaltende Krieg in Syrien. Viele aus dem Kriegsgebiet geflohenen Menschen, die seit 2015 eine Aufnahme in Deutschland fanden, haben in Bremen eine neue Heimat gefunden. Syrische Staatsangehörige stellten 2020 erstmals die größte Gruppe der Antragssteller.

Weitere Informationen zu den Voraussetzungen für die Einbürgerung finden Sie [hier](#).

Großaktion mit 100 Einsatzkräften von Polizei und Ordnungsamt am Hauptbahnhof



Kontrollen am Bremer Hauptbahnhof

Innensenator Ulrich Mäurer: „Es ist längst eine rote Linie überschritten“

20. Juli 2022

Am heutigen späten Nachmittag führen Einsatzkräfte der Polizei Bremen, der Bundespolizei und des Ordnungsamtes eine gezielte Schwerpunktaktion zur Bekämpfung von Unordnungserscheinungen sowie der Drogen- und Straßenkriminalität rund um den Bremer Hauptbahnhof durch - vom Tivoli-Hochhaus zur Fußgängerbrücke am Intercity Hotel, vom Bahnhofsvorplatz zum Überseemuseum. Im Mittelpunkt stehen sowohl Sicherstellungen von Drogen und Drogenutensilien, Ermittlungen gegen die Dealerszene, Platzverweise und Identitätsfeststellungen, aber auch aufklärende Gespräche mit Hilfsangeboten.



Innensenator Ulrich Mäurer macht sich an Ort und Stelle ein Bild von dem Großeinsatz: „Mit der wärmeren Jahreszeit und nach den Corona-Beschränkungen hat sich der Bahnhof insbesondere für Menschen in prekären Lebenssituationen als ein sozialer Treffpunkt etabliert – mit all den Auswüchsen, die das mit sich bringen kann: Müll, Lärm und Alkohol- bzw. Drogenkonsum. Mit der aktuellen Situation ist längst eine rote Linie überschritten. Die Situation am Bahnhof muss für Anrainer:innen, Pendler:innen und alle Gäste unserer Stadt wie auch für jede Bremerin und jeden Bremer verbessert werden.“

Aus diesem Grund führen heute rund 100 Einsatzkräfte auf Grundlage sämtlicher ordnungsrechtlicher Möglichkeiten Beschlagnahmungen von Drogen und deren Utensilien sowie Personenkontrollen durch und sprechen konsequent Platzverweise aus. Die Kontrollteams verweisen hilfsbedürftige Menschen auf die Hilfsangebote und zeigen ergänzend durch Flyer Anlaufstellen auf.

Im Bereich rund um den Hauptbahnhof halten sich – wie in nahezu allen deutschen Großstädten - unterschiedlichste Gruppen mit multiplen Problemlagen auf, insbesondere Dealer bzw. Gruppen aus der Drogen- und Trinker-Szene. Seit September 2018 wurde im Rahmen der Sicherheitspartnerschaft Hauptbahnhof das vom Senat beschlossene „Sicherheitsprogramm Hauptbahnhof“ weiterentwickelt. So wurde am 25.01.22 im Senat der „Aktionsplan Hauptbahnhof“ beschlossen. An ihm sind mehrere Senatsressorts mit 31 Einzelmaßnahmen beteiligt, um die Lage zu verbessern. „Gemeinsam haben wir bereits viele Maßnahmen des Aktionsplans erfolgreich umgesetzt, doch die Beschwerdelage ist weiterhin hoch und die Umsetzung geht mir insgesamt noch zu langsam“, so Mäurer. Man könne den Bremerinnen und Bremern diese Zustände nicht länger zumuten. „Die heutige Aktion ist keine Eintagsfliege. Wir werden in den kommenden Wochen weitere solchen Aktionen vornehmen, festgestellte Verstöße ahnden und zugleich konsequent auf die vielen Hilfsangebote in Bahnhofsnähe verweisen“, kündigt Mäurer an. Dazu werde ein festes Team von Beamt:innen verstärkt sichtbar und in Zivil Kontrollen vornehmen.

Aktionstag der Bremer Blaulicht-Organisationen am 9. Juli 2022



Ulrich Mäurer am Info-Stand der Polizei Bremen. Foto: Polizei Bremen

Senator für Inneres übernimmt Schirmherrschaft des Aktionstags „Retten. Schützen. Helfen.“

"Dieses Event galt der besonderen Ehrung der „Blaulicht-Helfer“. Ihr Engagement ist gar nicht hoch genug zu würdigen, sind sie es doch, die Tag und Nacht bereitstehen, oftmals unter Gefährdung der eigenen Gesundheit. Sie sind zur Stelle, wenn wir sie brauchen. Egal ob hauptberuflich oder ehrenamtlich - sie arbeiten Hand in Hand, erfahren und professionell. Auf sie ist Verlass – das ist umso wichtiger, je komplexer unsere Welt wird, mit extremen Wetterlagen, einer Pandemie und einem Krieg Europa. Mit all diesen Herausforderungen wachsen auch die Anforderungen an die Einsatz- und Führungskräfte.

Die Helfenden leisten Erste Hilfe, sperren Unfallstellen ab, beseitigen umgestürzte Bäume und stehen auch zur Stelle, wenn auf Festivals oder beim Freimarkt jemand über seinen Durst getrunken hat oder im Gedränge und bei Hitze der Kreislauf schlappmacht. Ganz aktuell sorgen sie auch dafür, dass die Menschen, die seit Februar aus der Ukraine zu uns fliehen, Schutz in Zelten und in den Messehallen erhalten.

Sie packen an. **Retten. Schützen. Helfen.**



Die "Blaulichter" von oben. Foto: Landesfeuerwehrverband/Engler

Vielen sind die Helferinnen und Helfer ein großes Vorbild. Sie vermitteln auch jungen Menschen wichtige Werte wie Mut, Teamgeist und Hilfsbereitschaft. In der Hitliste der Berufswünsche steht bei Kindern beispielsweise die Feuerwehr weit oben.

Die Blaulicht-Organisationen waren am vergangenen Sonnabend in der ganzen Innenstadt zu sehen. Das hat sicherlich viele ebenso begeistert wie mich. Die große Bandbreite der Organisationen einmal mit ihren Einsatzmitteln zu erleben, war beeindruckend. Ich bin sicher, dass sich manche Bremerinnen und Bremer anstecken ließen von der Freude am freiwilligen Engagement und hoffentlich auch Interesse daran entwickeln können, beruflich bei den sich präsentierenden Organisationen einzusteigen. Nachwuchs ist das A und O, denn der Bewerber:innenmarkt ist hart umkämpft und auch die Blaulicht-Organisationen brauchen ebenso qualifizierte wie engagierte Kräfte.

Darum ist es uns im Senat ein großes Anliegen, den hohen Standard bei der Ausbildung und der Ausrüstung immer weiter zu verbessern. Doch genauso wichtig wie die materielle Ausstattung sind auch die Anerkennung und die Wertschätzung durch die Bevölkerung."

Feuerwehr Bremen vereidigt 16 Kolleginnen und Kollegen



Innensenator Ulrich Mäurer mit den vereidigten Kolleginnen und Kollegen der Feuerwehr Bremen

25. Juli 2022

Heute begrüßte Innensenator Ulrich Mäurer den Nachwuchs der Feuerwehr Bremen in der Feuerweherschule am Standort der Scharnhorstkaserne in Huckelriede. Aus Gründen des Infektionsschutzes musste die traditionell große, feierliche Vereidigung mit den Familien im Rathaus wie bereits in den Vorjahren entfallen. Amtsleiter, Philipp Heßemer, vereidigte 16 Feuerwehrkräfte in einem feierlichen Akt, darunter 15 Brandmeister-Anwärter sowie 1 Brandmeister-Anwärterin. Innensenator Ulrich Mäurer: „Vielen sind sie ein großes Vorbild. Sie vermitteln auch jungen Menschen wichtige Werte wie Mut, Teamgeist und Hilfsbereitschaft. In der Hitliste der Berufswünsche steht bei Kindern die Feuerwehr weit oben.“ Die neuen Auszubildenden hätten sich für einen Beruf entschieden, der Mut und Kompetenz gleichermaßen von ihnen abverlange, sei es bei der Brandbekämpfung, im Rettungsdienst, bei technischen Hilfeleistungen oder im Katastrophenschutz. Innensenator Mäurer sagte ihnen voraus, dass sie nach ihrer Ausbildung Einsätze erleben würden, die eine hohe Einsatzbereitschaft und viel Nervenstärke erfordern würden.

„Doch zunächst“, so Amtsleiter Heßemer, „werden die neuen Kolleginnen und Kollegen während ihrer zweijährigen Ausbildungszeit gut vorbereitet und in feuerwehrtechnischen und rettungsdienstlichen Themen ausgebildet werden.“ Einige von ihnen besäßen bereits Vorkenntnisse durch ihr Engagement in einer Freiwilligen Feuerwehr.

Innensenator Mäurer erklärte, dass mit den Herausforderungen durch den Klimawandel und die anhaltende Pandemie die Anforderungen an die Einsatzkräfte immer stärker wachsen.

"Feuerwehrleuten wird unendlich viel abverlangt: neben einer hohen fachlichen Kompetenz in der Menschenrettung und Gefahrenabwehr wird immer deutlicher, wie wichtig soziale, menschliche Komponenten werden. Denn hinter jedem Einsatz verbirgt sich ein menschliches Schicksal, von dem auch die Einsatzkräfte als Retterin und Retter selbst nicht unberührt bleiben“, so Mäurer. Dem Senat sei es daher ein großes Anliegen, den hohen Standard bei der Ausbildung und der Ausrüstung immer weiter zu verbessern und die Rahmenbedingungen stetig auszugestalten.

Philipp Heßemer ergänzte: "Wir freuen uns auf die neuen Kolleg:innen. Denn wir brauchen sie einerseits mit ihrem großen Engagement und der in der Ausbildung erlangten Kompetenz, diesen wichtigen Beruf auszuüben. Genauso brauchen wir sie, um mit motivierten Feuerwehrkräften die Feuerwehr Bremen für die Zukunft aufzustellen. Sie sollen dabei nicht nur dringend benötigte Funktionen besetzen, ich lade sie auch ein, mit uns in den nächsten Jahren die Feuerwehr Bremen kulturell, kommunikativ und darüber hinaus zu modernisieren."

Alle 32 Sportwettstellen in der Stadtgemeinde Bremen bleiben vorerst geschlossen

Für 19 Sportwettstellen wurden umfangreiche Unterlagen nachgereicht / Innensenator Ulrich Mäurer: „Wir bleiben auf unserem Kurs.“

5. August 2022

Nach Zustellung der in der vergangenen Woche vom Ordnungsamt verschickten Versagungsbescheide an die vier Wettveranstalter sind derzeit alle Sportwettstellen in der Stadt Bremen illegal. Bis heute, 5. August 2022, um 24 Uhr (in der Nacht zu Samstag) haben die geduldeten Sportwettvermittlungsstellen in der Stadt Bremen Zeit, ihre Betriebe freiwillig zu schließen. Acht weitere beantragte neue Sportwettstellen in Bremen dürfen zudem nicht öffnen. Unterstützt von der Polizei wird das Bremer Ordnungsamt in den kommenden Tagen überprüfen, ob sich die Betreiber an das Verbot halten. Sollten weiter heimlich Sportwetten stattfinden, würde dies eine Straftat wegen illegalen Glücksspiels darstellen. Mit der Folge, dass das Ordnungsamt die Lokalität schließen würde und die Polizei ein Ermittlungsverfahren einleiten würde.

„Vor dem Hintergrund einer umfangreichen Risikoanalyse des Bundesfinanzministeriums zu Branchen, die besonders anfällig für Geldwäsche sind, war unser zentrales Anliegen, die rechtmäßige Herkunft der für die Vermittlung von Sportwetten erforderlichen Mittel zu überprüfen“, betont Innensenator Ulrich Mäurer. Eine entsprechende Überprüfung der Veranstalter erfolge bereits nach dem Glücksspielstaatsvertrag 2021. „Die Betreiber vor Ort mussten jedoch bislang nicht darlegen, woher sie ihr Startkapital genommen haben. Hier haben wir eine eklatante Lücke gesehen und diese als erste bundesweit auf Landesebene mit einer Änderung im Bremischen Glücksspielgesetz aus dem Juli 2021 geschlossen.“

Den in den vergangenen Tagen von Sportwettverbänden und Betreibern geäußerten Vorwurf, Rufschädigung zu betreiben, wies Bremens Innensenator entschieden zurück: „Wenn eine Branche nachweislich für das Waschen schmutziger Gelder aus Drogen- und Menschenhandel missbraucht wird, dann ist es nicht nur legitim, sondern zwingend notwendig, vorzubeugen und genau hinzuschauen.“ Niemand unterstelle damit, dass in einzelnen oder gar allen Sportwettstellen im Land Bremen auch tatsächlich Geld gewaschen werde. Dafür gebe es derzeit keine Hinweise. Sollte es allerdings im Laufe der Verfahren Hinweise auf Geldwäsche geben, stehe die Polizei bereit, sofort die Ermittlungen aufzunehmen, so Mäurer. Hierfür wird in der Innenbehörde ein Koordinierungsstab eingerichtet.

Ein Veranstalter hat mittlerweile für drei seiner Betreiber von Sportwettbüros weitergehende Nachweise dem Ordnungsamt vorgelegt. Mäurer: „Diese werden gerade geprüft.“ Eine erste Bewertung falle demnach positiv für den Veranstalter aus. Ähnlich verhalte es sich hinsichtlich einer Sportwettstelle am Hauptbahnhof, dessen Betreiber in den vergangenen Tagen neue Unterlagen nachgereicht habe. Am heutigen Freitag sind weitere Unterlagen für weitere 15 Wettstellen eingegangen, für die es noch keine Vorprüfung gibt. Klar ist dennoch, dass diese Veranstalter mit ihren neuen Unterlagen in ein neues Genehmigungsverfahren eintreten und die Sportwettbüros solange geschlossen bleiben müssten. Mäurer sagte jedoch zu, dass in den genannten Fällen zügig seitens des Ordnungsamtes und der Fachaufsicht in seiner Behörde entschieden werde. Mäurer ging auch auf den Fall eines Betreibers ein, dessen Antrag schon zuvor aufgrund mangelnder Zuverlässigkeit abgelehnt worden war. „Der Betreiber hatte eine langjährige kriminelle Karriere, die in der Gesamtschau keine positive Prognose versprach.“ In einem weiteren Fall musste ein Betreiber seine Sportwetten bereits vor längerer Zeit einstellen, da er diese verbotswidrig gemeinsam mit Pferdewetten angeboten hatte - ein klarer Verstoß gegen das Bremische Glücksspielgesetz. Erschwerend kommt hinzu, dass es nach einer aktuellen Kontrolle durch das Ordnungsamt eindeutige Hinweise darauf gibt, dass der Betreiber trotz der bereits vor längerem erteilten Versagung der Erlaubnis für das Vermitteln von Sportwetten illegal weiter neben den Pferdewetten auch Sportwetten angeboten hatte.

Die Antragsbearbeitung der drei Veranstalter in Bremerhaven für vier Betreiber, die insgesamt fünf Sportwettbüros betreiben, ist noch nicht abgeschlossen. Daher sind derzeit vier der fünf Sportwettstellen noch geöffnet. Der fünften wurde die Erlaubnis versagt, da auch hier verbotswidrig Pferdewetten und Sportwetten zugleich angeboten worden waren.

Der Deutsche Sportwettenverband (DSWV) hatte auf die Initiative aus Bremen mit Unverständnis und Empörung sowie der Ankündigung reagiert, gerichtlich dagegen vorgehen zu wollen. Fünf Klagen sind bereits eingereicht. Den Vorwurf, die Behörde habe im Vorfeld nicht ausreichend mit den Veranstaltern kommuniziert, wies Mäurer zurück: „Veranstalter und Betreiber haben vom Ordnungsamt bereits nach Inkrafttreten der Regelung im Juli 2021 ein Merkblatt mit dem Verweis auf die Änderung im Bremischen Glücksspielgesetz bekommen. Mitte Dezember vergangenen Jahres wurden die Betreiber erneut angeschrieben. Deziidiert stand in dem Schreiben, welche Dokumente das Ordnungsamt zur Erlaubnis einer Sportwettstelle benötigte. Der Rücklauf war gelinde gesagt dürftig – mit dem bekannten Ergebnis.“

Zur Erinnerung:

Nach dem Glücksspielstaatsvertrag haben gegenwärtig 34 Veranstalter bundesweit die Erlaubnis zur Veranstaltung von Sportwetten im Internet oder stationär vor Ort erhalten. Auf dem bremischen Markt sind davon aktuell vier Veranstalter aktiv und zwar Tipico, HAPPYBET, Tipwin sowie XTiP. Diese vier Veranstalter hatten für die Stadtgemeinde Bremen Erlaubnisse zum Betrieb von insgesamt 32 Sportwettbüros beantragt (24 dieser Sportwettbüros waren bislang rechtlich nur geduldet, müssen nach dem Glücksspielstaatsvertrag nun aber behördlicherseits genehmigt werden. Acht weitere Sportwettbüros sollten nach Wunsch der Veranstalter neu eröffnet werden). Die Betreiber arbeiten als Franchiseunternehmer für die Veranstalter. In Bremen gibt es aktuell zehn Betreiber, die ein oder mehr Sportwettbüros betreiben. In Bremerhaven sind es drei Veranstalter und vier Betreiber, die für Sportwettstellen betreiben.

Auszug aus dem Bremischen Glücksspielgesetz: § 3, Absatz 1, Satz 1 Nummer 4:

„(1) Die zuständige Behörde darf die Erlaubnis gemäß § 4 Absatz 1 Satz 1 des Glücksspielstaatsvertrags 2021 auf Antrag nur erteilen, wenn

(...)

4. die rechtmäßige Herkunft der für die Veranstaltung oder Vermittlung öffentlicher Glücksspiele erforderlichen Mittel dargelegt ist, soweit es sich um Verpflichtete nach § 2 des Gesetzes über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten handelt,“

"Haus des Grauens" in Oslebshausen darf nicht mehr vermietet werden



Der Innenhof der Schrottimmoblie. Foto: Innenressort

Ordnungsamt gab Anstoß zur ressortübergreifenden Begutachtung / Katastrophale Wohnverhältnisse

19. August 2022

Es waren menschenunwürdige, unhaltbarer Zustände, die Mitarbeitende vom Ordnungsamt, Feuerwehr, Polizei, der Gesundheitsbehörde und der Baubehörde bei der Begehung einer völlig heruntergekommenen Immobilie in der Oslebshauser Heerstraße vorfanden: Die Brandgefahr in dem von zehn Menschen bewohnten Gebäude ohne funktionierende Bäder, Küchen und Toiletten war derart groß, dass den Bewohnerinnen und Bewohnern nur wenige Stunden eingeräumt werden konnte, ihre Habseligkeiten aus dem Haus zu holen, bevor es endgültig versiegelt wurde. Der Vermieter aus Niedersachsen erhielt eine Nutzungsuntersagung für das Haus. Ihm ist unter Androhung von empfindlichem Zwangsgeld untersagt worden, das Haus weiter zu vermieten. Es wird zudem geprüft, ob darüber hinaus der Verdacht einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit vorliegt.



In dem Haus herrschten unzumutbare hygienische Zustände. Foto: Innenressort

Schon die Begehung durch die Einsatzkräfte war eine Gefahr: In den Fluren und Zimmern hingen ungesicherte Leitungen aus den Wänden. Einzelne Kochplatten, die neben großen Haufen von Unrat auf dem Boden standen, mussten einen nicht mehr funktionstüchtigen Herd ersetzen. Ein Teil des Hofes diente den Bewohnerinnen und Bewohnern offenbar schon des längeren als Toiletten-Ersatz. Das Nachbarhaus, das dem selben Eigentümer gehört, war bereits durch einen früheren Brand zerstört. Nebengebäude, die zu der Schrottimmoblie gehörten, waren zudem allesamt akut Einsturz gefährdet. In einem der Räume stießen die Einsatzkräfte auf ein aktuelles Schreiben des mutmaßlichen Vermieters aus dem Juli dieses Jahres, indem einer der Bewohner seine Zustimmung zu einer Mieterhöhung geben sollte. "Wegen stark gestiegener Betriebskosten", hieß es in dem Vordruck, sollte der Unterzeichner für seine "Wohnung" künftig 450 Euro zahlen.

Die Begehung war durch die Wohnungsaufsicht beim Ordnungsamt auf den Weg gebracht worden. Die Technische Verwaltung der Bauordnung hatte die Gebäudenutzung daraufhin nach der gemeinsamen Begehung umgehend untersagt. Die Bewohnerinnen und Bewohner wurden von der Sozialbehörde anderweitig untergebracht. Sie gehören der Drogen- beziehungsweise Alkoholikerszene an. Zwei der Betroffenen sind erheblich gehbehindert. Einer von ihnen muss einen Rollstuhl benutzen.



Die teilweise unisoliert von Decke und Wänden hängende Elektroinstallation stellt eine gravierende Unfallgefahr dar. Foto: Innenressort.

Innensenator Ulrich Mäurer zeigte sich bestätigt in seinem Kurs, derartige Immobilien unter Beteiligung der unterschiedlichen betroffenen Ressorts systematisch unter die Lupe zu nehmen. "Ich fürchte, dass es noch einige solcher "Häuser des Grauens" in unserer Stadt gibt, um die sich die Eigentümer schon lange nicht mehr kümmern, für die sie aber zugleich die Hand aufhalten und unglaubliche Mieten kassieren. Die Bewohner solcher Häuser haben in der Regel nicht mehr die Kraft, selbst gegen die menschenunwürdigen Zustände vorzugehen."

Ulrich Mäurer: Warum der DEIG auch für Bremen wichtig ist.

14. September 2022

In Bremerhaven sind die sog. DEIG, die Distanz-Elektroimpulsgeräte, schon seit fast vier Jahren im Einsatz. Mit großem Erfolg. Bereits das Mitführen und Vorzeigen eines DEIGs zeigt eine hohe deeskalierende Wirkung. In vielen Fällen zeigen sich zuvor aggressive und gewalttätige Personen umgehend kooperativ. Kurz gesprochen: der Einsatz dient gleichermaßen dem Schutz der Einsatzkräfte und die Vermeidung von folgenschweren Verletzungen beim polizeilichen Gegenüber.

Klar ist: Keine polizeiliche Waffe ist ohne Risiko einsetzbar. Daher kommt es vor allem auf eine sachgerechte und gute Ausbildung an. Eingesetzt werden die Geräte nur dann, wenn ein anderes, milderer Mittel nicht geeignet ist und um das Risiko einer Verletzung so gering wie möglich zu halten. Auch in Bremen sehen sich die Polizeikräfte oft mit unvorhersehbaren und gefährlichen Situationen konfrontiert, aber nur die Spezialeinheiten haben den DEIG. Die Ausstattung wäre also auch hier sinnvoll. Voraussetzung ist aber die Zustimmung aller Koalitionspartner. Ich setze darauf, dass wir in der kommenden Legislaturperiode eine Ausweitung durchsetzen können.

Innensenator Ulrich Mäurer verabschiedet den Senatsdirektor und Leiter der Abteilung „Öffentliche Sicherheit“ Lutz Müller nach 41 aktiven Dienstjahren und würdigt ihn als „große Führungsfigur“



Foto: (von links) Dr. Daniel Heinke, Innensenator Ulrich Mäurer, Lutz Müller

Nachfolger wird der Leiter der Polizeidirektion Einsatz Dr. Daniel Heinke

16. September 2022

Am heutigen Freitag verabschiedete Innensenator Ulrich Mäurer Abteilungsleiter Lutz Müller nach 41 Jahren im aktiven Dienst. Mäurer würdigte den scheidenden früheren Polizei-Chef „als große Führungsfigur, die sich weder vor unangenehmen Themen wegduckte noch davor gescheut hat, auch mal mit der Politik anzuecken.“

40 Jahre war Müller bei der Bremer Polizei, neun Jahre davon als Polizeipräsident, "dem die Sicherheit der Stadt immer am Herzen gelegen hat", so Innensenator Ulrich Mäurer. Dies zeigte sich auch in der Bereitschaft Müllers, als er vom Bremer Senat im März 2020 gebeten wurde, die Leitung des Landeskrisesstabes zur Bekämpfung der Corona-Pandemie in Bremen zu übernehmen. Nach mehr als einem Jahr entschied Müller sich gegen die zunehmende Belastung in seinen vielfältigen verantwortungsvollen Funktionen, übergab im Mai 2021 – nicht ohne Wehmut – seinem Nachfolger Dirk Fasse die Führung der Polizei Bremen und konzentrierte sich nun auf die Leitung des Landeskrisesstabes und im Anschluss der Abteilung "Öffentliche Sicherheit" in der Innenbehörde.

Diese Rolle hat künftig Dr. Daniel Heinke inne, den Innensenator Mäurer als tatkräftigen und erfahrenen Nachfolger begrüßte, der aufgrund seiner bisherigen Funktionen alle Voraussetzungen mit sich bringe, um die Aufgaben im Innenressort zu übernehmen. Der 48-jährige Jurist und Reserveoffizier der Feldjägertruppe war von 2003 bis 2008 Staatsanwalt in Bremen und dann in verschiedenen Funktionen im Innenressort beschäftigt. Nach seinem Lehrauftrag und seiner anschließenden Honorarprofessur an der Hochschule für öffentliche Verwaltung übernahm Heinke 2016 die Leitung des Landeskriminalamtes Bremen und leitete ab 2020 die Direktion Einsatz der Polizei Bremen.

Zeugnisübergabe für 152 neue Polizeikommissarinnen und Polizeikommissare



Innensenator Ulrich Mäurer (mitte) mit den neuen Polizeikommissarinnen und Polizeikommissaren

Innensenator Ulrich Mäurer spricht neuen Polizistinnen und Polizisten seine besondere Anerkennung aus

27. September 2022

Nach erfolgreichem Abschluss ihrer dreijährigen Ausbildung haben heute 152 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte ihr Zeugnis erhalten und durften sich über ihre Ernennung zur Polizeikommissarin und zum Polizeikommissar freuen. 126 von ihnen werden die Polizei Bremen und 26 die Ortspolizeibehörde Bremerhaven weiter verstärken. Innensenator Ulrich Mäurer: „Von heute an werden sie gut vorbereitet und gut ausgebildet unsere beiden Städte ein ganzes Stück sicherer machen.“

In diesem Jahr richtet der Senator für Inneres die feierliche Übergabe wieder als große Zeremonie in der Glocke aus: In den vergangenen zwei Jahren musste die traditionelle Feier aus Gründen des Infektionsschutzes abgesagt werden. Die 53 Frauen und 99 Männer, von denen ein Teil familiäre Wurzeln in Syrien, Russland, Österreich, dem Libanon, Polen, der Türkei, Kasachstan, Kroatien, Belarus und Spanien hat, hatten im Oktober 2019 ihr Studium an der Hochschule für Öffentliche Verwaltung begonnen. Mäurer: „Ein großer Teil des Studiums war durch die Pandemie geprägt und musste ganz anders als sonst gestaltet und bewältigt werden. Die neuen Polizistinnen und Polizisten haben mit viel Improvisationstalent und Geduld diese schwierigen Zeiten gemeistert und ihr Studium erfolgreich beendet.“ Dafür sprach ihnen der Innensenator seine besondere Anerkennung aus.

Um allen Herausforderungen auch in Zukunft gerecht zu werden, müsse die Polizei in Bremen und Bremerhaven kontinuierlich weiter personell aufwachsen, so Mäurer. Dafür bräuchte es viele positive, motivierte junge Menschen. Innensenator Mäurer: „Gleichzeitig wissen wir: die Zeiten der geburtenstarken Jahrgänge sind passé und nahezu alle Branchen suchen händeringend Nachwuchs.“ Gerade in krisenbelasteten Zeiten müsse die Polizei deshalb attraktiv bleiben. Mäurer versicherte: „Ich werde mich weiterhin mit Nachdruck für eine gute finanzielle und technische Ausstattung der Polizei einsetzen.“

→ **Anleitungen und Tipps zum Einstellungsauswahlverfahren auf der Homepage der Polizei: „Bist Du fit genug?“** (<https://fit-genug.de>).

Innensenator Ulrich Mäurer: „14 Sportwettstellen bleiben in Bremen geschlossen“

Umfangreiche Überprüfung ist weitgehend abgeschlossen

26. September 2022

Es war nur eine kleine Änderung im Bremischen Glücksspielgesetz im vorvergangenen Sommer – diese aber hatte es in sich: Seit Juli dieses Jahres hat das Bremer Ordnungsamt Abertausende Seiten von Unterlagen und Bilanzen von Sportwettstellen in Bremen geprüft. Dabei wurden die Fachleute des Ordnungsamtes von zwei abgeordneten Mitarbeitern des Finanzamtes unterstützt.

Ende der letzten Woche hat das Ordnungsamt nun fünf Erlaubnisse erteilt, in diesen Tagen werden weitere Erlaubnisse erteilt.

Noch offen sind drei von sechs Anträgen in Bremerhaven – in einem Fall läuft eine Anhörung zur beabsichtigten Versagung.

In Bremen gibt es noch vier abschließend zu prüfende Anträge. Dabei sind bei einem Betreiber in Bremen trotz der Nachreichungen weiterhin Fragen zur Mittelherkunft offen, hier wird das Ordnungsamt letztmalig in einem Anforderungsschreiben die fehlenden Unterlagen nachfordern.

Sollten diese nicht beigebracht werden oder beigebracht werden können, werden die entsprechenden Anträge erneut abgelehnt.

14 Sportwettstellen bleiben geschlossen

Für 14 Sportwettstellen waren zwar aktuell keine Hinweise auf Geldwäsche festzustellen. Die Bearbeitung durch das Ordnungsamt ist aber dennoch zum Nachteil der Antragsteller abgeschlossen worden. So wird aufgrund von „Unzuverlässigkeit“ des Betreibers die Erlaubnis in acht Fällen versagt. Grund: Gegen den Geschäftsführer waren über Jahrzehnte eine Vielzahl von Strafverfahren geführt worden. Zudem waren im vergangenen Sommer in einem seiner acht Wettbüros in Bremen Messer und Drogen gefunden worden.

In weiteren sechs Fällen wurden die Erlaubnisanträge aufgrund von Abstandskollisionen versagt.

Eine große Betreiber-GmbH hatte zudem ihren Prokuristen abberufen, nachdem sie vom Ordnungsamt den Hinweis erhalten hatte, dass der Prokurist aufgrund von Vorstrafen und diversen strafrechtlichen Ermittlungsverfahren als unzuverlässig eingestuft werde. Erst danach konnten die Anträge positiv beschieden werden.

Innensenator Ulrich Mäurer: „Die sehr arbeitsintensive Überprüfung hat sich gelohnt. Zwar konnten bisher fast alle Betreiber die rechtmäßige Herkunft der Mittel darlegen. Die Tatsache aber, dass wir bei der Überprüfung dieser Branche auf zweifelhafte Personen, die in Verantwortung standen, gestoßen sind, sollte jedoch zu denken geben. Ich bin sicher, dass unser Beispiel auch in anderen Bundesländern Schule machen wird.“

Die mehrwöchigen Schließungen bei den Betreibern, die nun wieder öffnen dürfen, hätten vermieden werden können, wären ihre Nachweise rechtzeitig eingereicht worden. Dies sei trotz wiederholter Aufforderung seitens der Behörden aber nicht geschehen. So seien die Schließungen nicht dem Ordnungsamt anzulasten.

Kontrollen werden weitergeführt

Auch nach Erteilung der Erlaubnisse sind die Fälle für das Ordnungsamt nicht abgeschlossen. Die Glücksspielaufsicht und der Ordnungsdienst kontrollieren regelmäßig die Sportwettbüros vor Ort, um die Einhaltung sowohl der in den Erlaubnissen enthaltenen Nebenbestimmungen, als auch der Normen des Bremischen Glücksspielgesetzes und des Glücksspielstaatsvertrages 2021 zu überprüfen. Verstöße gegen die entsprechenden Vorschriften werden mit Bußgeldern geahndet und können in wiederholten oder schweren Fällen auch zum Widerruf der erteilten Erlaubnisse führen.

Darüber hinaus geht die Polizei Bremen allen Hinweisen auf illegales Glücksspiel nach und leitet entsprechende Ermittlungsverfahren ein. Hinweise per (E-Mails an: kriminaldauerdienst@polizei.bremen.de)

Unerlaubtes Glücksspiel ist besonders gefährlich für Spieler:innen.

Startbeginn für 152 Anwärtnerinnen und Anwärtler der Polizei

Zweite Gruppe beginnt im April 2023 mit dem Studium

4. Oktober 2022

Der personelle Ausbau der Polizei geht voran: 152 Kommissar-Anwärtnerinnen und -Anwärtler beginnen heute mit ihrem Studium an der Hochschule für Öffentliche Verwaltung (HfÖV). Sie sind Teil eines Ausbildungsjahrgangs von insgesamt 227 Studierenden. 75 weitere junge Männer und Frauen werden im kommenden April ihr Studium aufnehmen und den Jahrgang vervollständigen. "Damit wird dieser Jahrgang voraussichtlich so groß sein wie nie zuvor", zeigte sich Innensenator Ulrich Mäurer erfreut. Jede und jeder Einzelne von ihnen werde dringend gebraucht.

Aus Kapazitätsgründen an der Hochschule für Öffentliche Verwaltung fangen die Studierenden seit 2020 immer zeitlich versetzt mit ihrer Ausbildung an – jeweils am 1. Oktober und am 1. April des Folgejahres. Zudem studieren erneut 24 Anwärtnerinnen und Anwärtler dank eines Kooperationsvertrags mit Niedersachsen an der Polizeiakademie in Oldenburg, um nach ihrem dreijährigen Studium nach Bremen zurückzukommen. Mäurer: "Dieser starke Personalaufbau ist ein Kraftakt für den Betrieb an der Hochschule für Öffentliche Verwaltung und zwar für die Lehrenden und Lernenden gleichermaßen."

Auf diesen ersten Einstellungstermin hatten sich insgesamt 1.001 Personen beworben. Von ihnen kamen 212 in die engere Auswahl. Die Bewerber und Bewerberinnen mussten im Sporttest gezielt Kernkompetenzen wie Kraft, Ausdauer, Koordination, Schnelligkeit und Beweglichkeit unter Beweis stellen. Zudem wurde unter hohem Zeitdruck ihre Sprach- und Rechtschreibkompetenz getestet. Mäurer an die Nachwuchskräfte: "Bei allen Tests haben Sie besonders gut abgeschnitten. Ihnen allen meinen herzlichen Glückwunsch. Nun liegen drei anspruchsvolle Jahre vor Ihnen. Ihr Teamgeist und Ihre Einsatzfreude sind dabei gefragt. Beides wird Sie durch viele herausfordernde Situationen in Ihrem weiteren vielseitigen Berufsleben bringen."



Von den 56 jungen Frauen und ihren 96 Kollegen, die nun ihre Ausbildung beginnen, sind 26 fest für die Ortspolizeibehörde Bremerhaven eingeplant.

Die große Vereidigungszeremonie wird nach dem zweiten Einstellungstermin im kommenden Frühjahr am 10. Mai 2023 gefeiert. Bewerbungen zum 1. April 2023 sind noch möglich. Anleitungen und Tipps können sich Interessierte auf der Homepage der Polizei unter dem Stichwort: "[Bist Du fit genug?](#)" anschauen.

Verstärkung für den Ordnungsdienst: Ausbildungsbeginn für 21 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Innensenator Ulrich Mäurer: „Teams des Ordnungsdienstes haben sich schnell etabliert und sorgen für höheres Sicherheitsgefühl“ / Perspektivischer Ausbau auch im Bremer Norden und Osten

4. Oktober 2022

Der Amtsleiter des Ordnungsamtes in Bremen, Uwe Papencord, begrüßte heute 21 neue Kolleginnen und Kollegen des Ordnungsdienstes. Die fünf Frauen und 16 Männer, die sich erfolgreich auf die Stellen im Außendienst des Ordnungsamtes beworben hatten, werden bis Jahresende die Grundausbildung durchlaufen. Neben rechtlichen Grundlagen und der theoretischen Vermittlung ihrer Einschreibbefugnisse umfasst die Ausbildung auch Techniken für Konfliktkommunikation und für Selbstverteidigung, sowie Einschreittrainings und einen umfangreichen Erste-Hilfe-Kurs.



Im kommenden Frühjahr 2023 werden die neuen Mitarbeitenden ihre 34 bereits vorhandenen Kolleginnen und Kollegen im Außendienst unterstützen. Auch im Bremer Norden und im Bremer Osten sind Dependancen des Ordnungsdienstes vorgesehen. Die ersten zwölf Kräfte des Ordnungsdienstes gingen vor genau vier Jahren an den Start. Die Zweier- und Dreier-Teams, die seither auf Bremer Straßen und Plätzen unterwegs sind, sorgten, so Innensenator Ulrich Mäurer, für mehr Lebensqualität und ein höheres Sicherheitsgefühl: „Die Bandbreite der Aufgaben ist gewaltig und hatte 2020 mit der Überwachung der vielzähligen Corona-Regeln noch einmal einen neuen Schwerpunkt bekommen.“ Zu den Aufgaben der Einsatzkräfte zählen u.a. die Überwachung des Jugendschutzes und des Glücksspielrechts. Zudem gehen sie Lärmbeschwerden nach und unterbinden aggressives Betteln oder Urinieren in der Öffentlichkeit sowie die Vermüllung im Stadtteil. Mäurer: „Der Ordnungsdienst hat sich in unserer Stadt schnell etabliert und ist eine sinnvolle Ergänzung zur Polizei Bremen im Bereich niedrigschwelliger ortspolizeilicher Aufgaben.“

Farbvandalismus in Bremen bekämpfen: Pilotprojekt startet in Vegesack Nord



Zu reinigende Fläche in Vegesack: Schmierereien sind Sachbeschädigung und damit eine Straftat.

Innensenator Ulrich Mäurer: „Illegale Schmierereien haben schon lange die Grenze des Erträglichen überschritten“

15. Oktober 2022

Farbvandalismus durch Graffiti und Schmierereien sind nicht allein ein ästhetisches Ärgernis, die Sachbeschädigung bedeutet auch einen hohen wirtschaftlichen Schaden - sowohl für Privateigentümer:innen wie auch für die öffentliche Hand.

Im Sommer hat der Senat sich infolge einer erfolgreichen Petition bei der Bremischen Bürgerschaft zum Ziel genommen, die Bekämpfung und Vermeidung von Farbvandalismus in den Fokus der Aufmerksamkeit zu rücken und ein ressortübergreifendes Konzept gegen illegale Graffiti zu entwickeln. Ziel sei es, so Innensenator Ulrich Mäurer, „nicht nur illegale Farbschmierereien zu entfernen und zu reduzieren, sondern von dieser Aktion soll auch das Signal ausgehen: Wir nehmen das nicht mehr hin. Schmierereien haben schon lange die Grenze des Erträglichen überschritten.“ Nach Absprachen mit der Handelskammer und der Handwerkskammer sowie dem Ortsamt Vegesack wird nun ein Pilotprojekt in Vegesack gestartet. Dort wurden am heutigen Sonnabend bereits ausgewählte Flächen von Farbschmierereien gereinigt.



(v.l.n.r.): Marco Glawion (Geschäftsführer Maler Dasenbrook GmbH), Senator Ulrich Mäurer, Thomas Kurzke (Präses Handwerkskammer), Karsten Nowak (Geschäftsführer Bereich Einzelhandel Handelskammer – IHK) | Foto: Handwerkskammer

In dem Pilotprojekt werden verschiedene Reinigungsverfahren getestet sowie der personelle wie finanzielle Aufwand erhoben. Zudem geht es um Fragen der weiteren Zusammenarbeit und der Haftung für Schäden, die ggf. bei der Reinigung entstehen könnten. Sofern in Vegesack Erfolge erzielt werden, sollen die Erkenntnisse schnellstmöglich in ein stadtweites Konzept überführt werden. Wer jemanden am Werk beobachtet, so Mäurer, soll umgehend unter der 110 die Polizei benachrichtigen: „Schon jetzt werden alle angezeigten Graffiti-Schmierereien konsequent verfolgt. Auf die Täterinnen und Täter kommen neben den strafrechtlichen Folgen auch erhebliche zivilrechtliche Konsequenzen zu.“ Die Regressforderungen können unter Umständen mehrere tausend Euro betragen.

Internationaler Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen



Innensenator Ulrich Mäurer setzt ein Zeichen gegen Gewalt gegen Frauen

Internationaler Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen: Auch an der Innenbehörde wurde heute früh die Flagge mit der Aufschrift „Bremen sagt NEIN zu Gewalt gegen Frauen“ gehisst. Damit setzt Innensenator Ulrich Mäurer ein Zeichen gegen körperliche und seelische Verletzungen von Mädchen und Frauen. Noch immer wird in Deutschland jede vierte Frau mindestens einmal im Leben Opfer physischer und/oder sexualisierter Gewalt. In etwa der Hälfte der Fälle ist der eigene Partner für diese Taten verantwortlich.

Ulrich Mäurer: "Der Stresspegel ist in vielen Beziehungen und Familien im vergangenen Jahr enorm gestiegen: Kurzarbeit, drohende Arbeitslosigkeit, der Ausfall von Schulunterricht oder der Betreuung der Jüngsten in der Kita während der Pandemie haben in manchen Familien zu einer angespannten, aggressiven Dauerstimmung geführt, die sich schließlich bei einigen in Gewaltausbrüchen ihren Weg bahnte."

Laut der Polizeilichen Kriminalstatistik ist die Anzahl weiblicher Opfer im Land Bremen von 1.835 vor Corona (2019) auf 2.232 im Jahr 2021 gestiegen. Das sind nur die bekannten Fälle. Mäurer: „Wenn wir davon ausgehen, dass viel Gewalt in Familien aus Angst oder Scham nie zur Anzeige kommt, muss das Dunkelfeld vermutlich sehr hoch sein. Umso wichtiger ist es, dass wir diesen Bereich immer im Blick behalten und dabei helfen, so schnell wie möglich Gewaltspiralen im häuslichen Umfeld zu unterbrechen. Nur wenn wir alle wachsam sind, können wir früher schützend eingreifen und Frauen und ihren Kindern viel Leid ersparen.“

Sie brauchen Hilfe oder Unterstützung?

Das Hilfetelefon "Gewalt gegen Frauen" ist ein Beratungsangebot für Frauen, die Gewalt erlebt haben oder noch erleben. Unter der **Hotline 08000 116 016**, die bundesweit rund um die Uhr erreichbar ist, werden auch Angehörige, Freundinnen und Freunde sowie Fachkräfte anonym und kostenfrei beraten. Mehr Informationen auch unter www.hilfetelefon.de.

Zweiter bundesweiter Warntag am 8. Dezember 2022



Bei Cell Broadcast ist keine zusätzliche App erforderlich - die Warnung kommt als Textnachricht direkt auf das empfangsfähige Mobiltelefon

Innensenator Ulrich Mäurer: „Wer gewarnt ist, weiß sich im Notfall besser selbst zu helfen“

5. Dezember 2022

Am kommenden Donnerstag (8. Dezember) findet der zweite bundesweite Warntag statt. Um 11 Uhr soll auf verschiedenen Kanälen gewarnt werden, um die Systeme zu überprüfen und aufeinander abzustimmen. Im gesamten Bundesgebiet werden Rundfunkanstalten ihre Sendungen unterbrechen, es werden Handys piepen und in Teilen Deutschlands werden Sirenen heulen sowie Probewarnungen auf digitalen Werbetafeln erscheinen. Die Entwarnung wird um 11.45 Uhr erfolgen.

Innensenator Ulrich Mäurer: „Diese Übung soll die Bevölkerung daran erinnern, wie wichtig es ist, Warnungen vor sich ausbreitenden Katastrophen ernst zu nehmen und sich im Ernstfall selbst zu schützen. Das können starke Unwetter sein, Großbrände, Stromausfälle aber auch gesundheitsgefährdende Chemieunfälle. Wer rechtzeitig gewarnt wird und weiß, was zu tun ist, kann sich in einem Notfall in der ersten Phase besser selbst helfen.“

Zur Warnung der Bevölkerung nutzen Bund, Länder und Kommunen alle verfügbaren Kommunikationskanäle. „In Bremen sind das **Radio- und Fernsehmeldungen**. Auch die **Warn-App NINA** wird ausgelöst. NINA steht für „Notfall-Informationen- und Nachrichten-App“ und kann kostenlos auf das Handy heruntergeladen werden“, erklärt Karl-Heinz Knorr, Katastrophenschutzbeauftragter des Landes Bremens. In Bremerhaven werden auch Sirenen zu hören sein. Im Stadtgebiet Bremen werden die ersten der insgesamt 43 Sirenen im kommenden Jahr angeschlossen sein. Außerdem werden die Feuerwehren die Bevölkerung parallel über soziale Medien informieren, wie dies beim Ausfall des Telefonnetzes im November erfolgt ist.

In diesem Jahr wird auch erstmals der sog. **Cell Broadcast** eingebunden. Dieses neue Warnmittel kann genutzt werden, um zielgenau und in Sekundenschnelle Warnmeldungen mit einem Warnton an alle empfangsbereiten Handys zu senden, die sich in einem bestimmten Bereich einer Funkzelle befinden. Im Gegensatz zu dem Warnsystem NINA ist keine App nötig. Am kommenden Donnerstag soll erstmals eine Probewarnung als SMS über die Mobilfunkgeräte versandt werden. Allerdings nur zu Testzwecken; der reguläre Betrieb dieses Dienstes soll erst im Februar 2023 starten.

Bund und Länder hatten im Rahmen der Innenministerkonferenz 2019 beschlossen, regelmäßig einen bundesweiten Warntag stattfinden zu lassen. Mäurer: „Zweck der Probe ist, Schwachstellen im Warnsystem zu finden, um diese im Nachgang zu beseitigen und das System für den Ernstfall effektiver und sicherer zu machen.“ Beim ersten Warntag im September 2020 hatte es technische Probleme gegeben, so dass die bundesweite Probewarnung erst mit einer Verzögerung an alle angeschlossenen Kanäle versandt wurde. „Der Fehler wurde schnell identifiziert. So konnte das Warnsystem weiterentwickelt und stabiler gestaltet werden“, erklärt der Innensenator.

Im Ernstfall ist aber auch schon heute eine bundesweite Warnung möglich. In einem solchen Fall würde der Bund alle 16 Länder einzeln informieren. Dann würden die Länder einzeln die Warnung des Bundes über die bekannten Informationskanäle weitersteuern. Am kommenden Donnerstag geht es darum zu testen, inwieweit der Bund unverzüglich und nahtlos eine Warnung direkt herausgeben kann.

Regional funktioniert die Warnung und Information der Bevölkerung ohnehin zuverlässig. Erst Mitte August verlief die Entschärfung einer Weltkriegsbombe in Seehausen reibungslos, ebenso die

Bekämpfung zweier Großbrände in einem Entsorgungsbetrieb im Bremer Industriehafen im Oktober sowie beim letzten Großbrand in Oberneuland. In allen drei Fällen warnte die Warn-App NINA.

Es ist nicht nötig, sich auf den Warntag vorzubereiten. Auch während der Warnung wird es keine Handlungsempfehlung an die Bevölkerung geben. Es handelt sich ausdrücklich um einen Test. Mäurer: „Es bietet sich aber an, sich auf die bundesweite Warnung auf den verschiedenen Informationskanälen einzustellen und idealerweise auch Angehörige und weitere nahestehende Menschen darüber zu informieren, so dass niemand unnötig beunruhigt ist.“

Weitere Informationen online unter: www.bundesweiter-warntag.de. Hier gibt es auch Materialien in ukrainischer, englischer, französischer, türkischer, polnischer, russischer, arabischer und spanischer Sprache. Darüber hinaus gibt es eine Version in deutscher Leichter Sprache.

Ehrenamtsempfang mit 300 Gästen in der Oberen Rathaushalle



In der Oberen Halle des Bremer Rathauses empfingen Innensenator Ulrich Mäurer und Sozialsenatorin Anja Stahmann etwa 300 ehrenamtlich Engagierte. Foto: Senatspressestelle

6. Dezember 2022

Mit einem Empfang in der Oberen Rathaushalle haben Sozialsenatorin Anja Stahmann und Innensenator Ulrich Mäurer am gestrigen internationalen Tag des Ehrenamts rund 300 Ehrenamtliche gewürdigt. Über 100 Einrichtungen und Projekte aus den Bereich Soziales, Sport und Rettungsdienst vertreten.

"Menschen wie Sie sind zu finden im Sportverein oder der Geflüchtetenhilfe, an Schulen und in Kitas, bei der Begleitung älterer Menschen, an den Ausgabestellen der Tafel oder bei Fridays for Future – es gibt ein fast unendliches Spektrum des freiwilligen Engagements", sagte Anja Stahmann, Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport.

"Sie packen an, schenken zwischenmenschliche Wärme, Kreativität und Respekt. Damit geben Sie vielen Menschen in Bremen und Bremerhaven Zuversicht, Halt und ein Gefühl von Sicherheit. Was Sie leisten, ist ein unschätzbare Wert, Sie machen unsere Stadt stärker und lebenswerter", sagte Innensenator Ulrich Mäurer zu den Gästen.

Feuerwerksverbotszonen im Land Bremen zu Silvester 2022

29.12.2022

Auch zu Silvester 2022 gibt es im Land Bremen wieder Feuerwerksverbotszonen. In der Stadtgemeinde Bremen sind folgende Bereiche betroffen:

- [FETT das Schnoorviertel]
- [FETT im Umfeld von 150 Metern um das Bremer Rathaus]
- [FETT an der Schlachte zwischen Wilhelm-Kaisen-Brücke und Bürgermeister-Smidt-Brücke].
- [FETT Auch auf der Bürgermeister-Smidt-Brücke gilt ein Böllerverbot.]

Beim [FETT Schnoorviertel] handelt es sich um ein historisch wertvolles Viertel in der Bremer Altstadt. Zahlreiche Häuser sind dort noch in ihrem ursprünglichen Zustand mit sichtbarem Fachwerk, welches häufig unter dem Einsatz von Naturbaustoffen restauriert wurde. Diese sind leicht entzündlich und schützenswert, weshalb ein Feuerwerksverbot eine richtige und wichtige Maßnahme vor Ort ist.

Selbiges gilt für den Bereich rund um das [FETT Rathaus Bremen]. Beim Rathaus handelt es sich um ein UNESCO- Welterbe mit großflächig bemalten Holzdecken, einem historischen Ständerwerk sowie Holzschnitzereien. Hier besteht ebenfalls ein großes Risiko, dass eventuelle Brände große Schäden anrichten könnten.

An der [FETT Schlachte] gab es während der Silvesterfeiern in früheren Jahren viele gefährliche Situationen im Zusammenhang mit Feuerwerk und großen Menschenansammlungen.

In Bremerhaven gelten folgende Verbotszonen:

- rund um den [FETT Zoo am Meer]
- [FETT Willy-Brandt-Platz und südlicher Bereich Neuer Vorhafen Schleuse]
- [FETT Barkhausenstraße / Columbusstraße, Fußgängerbrücke Alter Hafen in Richtung Weserdeich, durch den Durchgang des Schifffahrtsmuseums bis an die Landesgrenze in der Weser, Weser bis zur Höhe der Schleusenstraße], hierzu zählen auch: Pontonanlage für das Seebäderschiff, Willy-Brandt-Platz, Neuer Vorhafen Schleuse, Pontonanlage der Schlepperliegeplätze.

Darüber hinaus ist das Zünden von Feuerwerksraketen in Bremen und Bremerhaven im Umkreis von 150 Metern von folgenden Orten verboten:

- [FETT Reet- und Fachwerkhäuser]
- [FETT Tanklager und Tankstellen]
- [FETT rund um den Flughafen].

Außerdem darf Silvesterfeuerwerk im Land Bremen nur zwischen dem 31. Dezember 18 Uhr und dem 1. Januar 1 Uhr abgebrannt werden. Davon unberührt bleibt das gesetzliche Verbot für das Abbrennen von Feuerwerk in unmittelbarer Nähe von Kirchen, Krankenhäusern und Kinder- und Altersheimen. Diese Regelungen gelten fortlaufend in allen Jahren.

Zu widerhandlungen gegen das Sprengstoffrecht sind Bußgeld bewehrt und können mit Geldstrafen von bis zu 50.000 geahndet werden. Zu widerhandlungen gegen die Polizeiverordnung (Schlachte) können mit einem Bußgeld von bis zu 5.000 Euro geahndet werden.

Zu widerhandlungen beim Schutz des Luftverkehrs können je nach Gefährdung mit einem Bußgeld in Höhe von bis zu 10.000 Euro belegt werden.